

AA 4591

Inhaltsverzeichnis

<u>A. Textteil</u>		Seite
1	Allgemeine Vorbemerkungen	1
2	Planerische Ausgangslage	2
2.1	Konjunkturlage	2
2.2	Wirtschaftswachstum	3
2.3	Finanzwirtschaftliche Ausgangslage	4
2.4	Demographische Entwicklung	5
2.4.1	Regionalprognose 1978/90	5
2.4.2	Finanzpolitische Aspekte	8
2.4.3	Arbeitsmarktpolitische Problematik	10
3	Aktionsprogramm Ruhr	12
3.1	Finanzielles Gesamtvolumen	13
3.1.1	Anteil des Landes	14
3.1.2	Anteil des Bundes	15
3.1.3	Beiträge der Gemeinden und Dritter	17
3.2	Finanzielle Auswirkungen	17
4	Mittelfristig angestrebte Haushaltsentwicklung	18
4.1	Gesamtübersicht	18
4.2	Haushaltsvolumen	20
4.3	Nettokreditaufnahme	21
5	Entwicklung ausgewählter Ausgabearten	23
5.1	Personalausgaben	23
5.2	Investitionsausgaben	25
5.2.1	Verstetigte Investitionspolitik	25
5.2.2	Folgelastenproblematik	26
5.3	Gemeindefinanzausgleich	29

7 4591

- II -

	Seite
6 Ausgaben nach Aufgabengebieten (Funktionen)	30
6.1 Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten	30
6.1.1 Schulen	30
6.1.2 Hochschulen	31
6.1.3 Ausbildungsförderung	32
6.1.4 Bildungsausgaben insgesamt	32
6.2 Ausgaben für das Wohnungswesen	33
6.2.1 Wohnungsbau	33
6.2.2 Wohngeld	35
6.2.3 Ausgaben für das Wohnungswesen insgesamt	35
6.3 Ausgaben für das Verkehrswesen	36
6.3.1 Straßenbau	36
6.3.2 Schienenverkehr	37
6.3.3 Ausgaben für das Verkehrswesen insgesamt	38
6.4 Ausgaben für das Krankenhauswesen	38
7 Einnahmeentwicklung	39
7.1 Steuereinnahmen	39
7.2 Nichtsteuerliche Einnahmen	42

Textübersichten

Übersicht 1:	Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990	6
Übersicht 2:	Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990	7
Übersicht 3:	Lehrerbedarf, Lehrerbestand, Lehrermangel, Lehrerüberangebot 1985 und 1990	8
Übersicht 4:	Altersgruppe 19 bis unter 65 Jahre in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990	11
Übersicht 5:	Aktionsprogramm Ruhr	13
Übersicht 6:	Aktionsprogramm Ruhr - Landesanteil nach Aufgabenbereichen -	15
Übersicht 7:	Aktionsprogramm Ruhr - Bundesanteil nach Zweckbestimmungen -	16
Übersicht 8:	Gesamtüberblick über die Entwicklung des Landeshaushaltes 1979 bis 1983	19
Übersicht 9:	Steuerausfälle 1979 bis 1983	21
Übersicht 10:	Finanzierungsübersicht 1980 bis 1983	22
Übersicht 11:	Personalausgaben des Landes 1979 bis 1983	23
Übersicht 12:	Steuereinnahmen 1979 bis 1983	39

B. Tabellenteil

- Tabelle 1 : Gruppierung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten
- Tabelle 2 : Anteile der Ausgabe- und Einnahmearten am Gesamthaushalt
- Tabelle 3 : Ausgaben nach Aufgabengebieten
- Tabelle 4 : Anteile der Aufgabengebiete an den Gesamtausgaben
- Tabelle 5 : Querschnitt nach Aufgabengebieten und Ausgabearten
- Tabelle 6 : Ausgaben nach Einzelplänen
- Tabelle 7 : Einzelpläne nach Hauptausgabearten
- Tabelle 8 : Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes - mit Beträgen ab 100.000 DM -
- Tabelle 9 : Schuldenstand des Landes am 31.12.1978 und voraussichtliche Entwicklung bis 31.12.1983
- Tabelle 10 : Investitionsausgaben und deren Anteil an den Gesamtausgaben (Investitionsquoten)
- Tabelle 11 : Investitionsausgaben nach Aufgabengebieten und deren Anteil an den Gesamtinvestitionen
- Tabelle 12 : Investitionsausgaben nach Arten und Einzelplänen
- Tabelle 13 : Programm für Zukunftsinvestitionen
- Tabelle 14 : Ausgaben des Landes für das Aktionsprogramm Ruhr nach Aufgabengebieten

16. 10. 1979

Unterrichtung

durch die Landesregierung

– zur Beratung –

**Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1979 bis 1983
– mit Investitionsprogramm –**

Schreiben des Ministerpräsidenten vom 27. September 1979

Die Landesregierung hat die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1979 bis 1983 – mit Investitionsprogramm – beschlossen.

Die entsprechenden Unterlagen werden dem Landtag durch den Finanzminister zugeleitet.

Schreiben des Finanzministers vom 16. Oktober 1979

Unter Bezugnahme auf das o. g. Schreiben lege ich die Finanzplanung – mit Investitionsprogramm – des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1979 bis 1983 vor.

*Anlage im wesentlichen nur an die Mitglieder
des Landtags als Sonderdruck verteilt.*

Datum des Originals: 16. 10. 1979 / Ausgegeben: 17. 10. 1979

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf 1, Postfach 5007, Telefon (0211) 884 439, zu beziehen.

FINANZPLANUNG

DES

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

1979 bis 1983

— mit Investitionsprogramm —

Stand: August 1979 — ohne Nachträge zum Landeshaushalt 1979 —

Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
4000 Düsseldorf 1, Jägerhofstraße 6

1 Allgemeine Vorbemerkungen

Die Landesregierung hat am 14. August 1979 die gem. §§ 28 und 29 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 14.12.1971 (GV.NW. S. 397) vom Finanzminister aufzustellende und dem Landtag im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes zur Kenntnisnahme zuzuleitende Finanzplanung (§ 31 LHO) für den Fünfjahreszeitraum 1979 bis 1983 beschlossen.

Die Finanzplanung zeigt auf dem Hintergrund des Aufgabenspektrums der Landesregierung den finanz- und gesamtwirtschaftlich gebotenen Ausgaberahmen und die dazu benötigten Deckungsmittel in mittelfristiger Sicht auf.

Im Zeitraum der vorliegenden Finanzplanung wird das 1977 aufgelegte mehrjährige öffentliche Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge (Programm für Zukunftsinvestitionen) abgewickelt. Die im Rahmen des Programms vorgesehenen jährlichen Förderungsmittel sind in den Ansätzen der Finanzplanung enthalten, das Programm selbst ist in Tabelle 13 dargestellt.

Die Ansätze der vorliegenden Finanzplanung enthalten erstmals auch die Mittel des von der Landesregierung beschlossenen Aktionsprogramms Ruhr. Die haushaltswirtschaftliche Durchführung des Programms beginnt mit dem Haushaltsjahr 1980. Umfang und Struktur des Ruhrprogramms sind Abschnitt 3 des Textes und der Tabelle 14 zu entnehmen.

2 Planerische Ausgangslage

2.1 Konjunkturlage

Zur Jahresmitte 1979 hat die konjunkturelle Aufwärtsbewegung sektoral und regional weiter an Breite gewonnen. In der Wirtschaft ist die Grundstimmung allgemein gut.

Günstig ist auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wo die Zahl der Arbeitslosen den niedrigsten Stand seit 1974 erreicht hat und im Jahresdurchschnitt 1979 voraussichtlich um rd. 100 000 unter dem Vorjahr liegen wird. In Teilbereichen des Arbeitsmarktes ist sogar schon ein Arbeitskräftemangel feststellbar.

Die positive Entwicklung hat darüber hinaus zu einer deutlichen Ausweitung der Investitionen geführt. Im laufenden Jahr wird mit einem Anstieg der realen Bruttoanlageinvestitionen von 7 v.H. gerechnet. Dies kann als Zeichen eines sich zunehmend selbsttragenden Aufschwungs gewertet werden.

Zur verbesserten Konjunkturlage hat nicht zuletzt eine Reihe von finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen beigetragen. Die Belebung der Gesamtwirtschaft erfolgte durch die seit 1977 beschlossenen kräftigen Steuerentlastungen ebenso wie durch die verstärkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen.

Nicht übersehen werden sollte, daß der konjunkturellen Aufschwungphase Gefahren drohen. Risiken können ausgehen von der enormen Mineralölverteuerung am Weltmarkt und von Lieferengpässen oder sogar einer möglichen dauerhaften Ölverknappung. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich ist zur Zeit kaum abzuschätzen.

Neben diesem außenwirtschaftlichen Störfaktor können sich binnenwirtschaftlich weitere Beeinträchtigungen der Konjunkturlage aus der ungünstigen Preisentwicklung ergeben. Besonders scharf treten hierbei die Überhitzungserscheinungen im Bausektor hervor. Dort haben Kapazitätsengpässe zu deutlichen Preissteigerungen geführt. Sie veranlaßten den Finanzplanungsrat zu der Empfehlung, die Nachfrage im Investitionsbereich im Hinblick auf eine gleichmäßigere Entwicklung zu verstetigen. Vergabe und Ausführung öffentlicher Bauvorhaben sollen so gestreckt werden, daß das angestrebte Ziel der Verstetigung erreicht werden kann.

2.2 Wirtschaftswachstum

Angesichts der konjunkturellen Belebung hält die Landesregierung ein Wachstum des realen Bruttozialprodukts von 4 v.H. (nominal 7 - 8 v.H.) für das laufende Jahr für erreichbar.

Bei der mittelfristigen Projektion bis 1983 geht die Landesregierung davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in einen mittelfristigen Wachstumspfad einmündet, der in etwa auf der Höhe der diesjährigen Wachstumsrate liegt. Das

Zahlenwerk der vorliegenden Finanzplanung beruht auf diesem Zielkonzept. Es wird nicht verkannt, daß es sich dabei insbesondere im Hinblick auf die Risiken in der Energieversorgung um eine Zielsetzung handelt, die mit Unsicherheiten behaftet ist.

2.3 Finanzwirtschaftliche Ausgangslage

Der öffentliche Gesamthaushalt 1979 ist ebenso wie 1978 durch expansive Akzente gekennzeichnet. Die geplante Ausgabenausweitung ist so bemessen, daß sie die konjunkturellen Auftriebskräfte weiter stützt, daneben jedoch die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht aus den Augen verloren wird. Es kann damit gerechnet werden, daß die Steigerungsrate der Staatsausgaben bei etwa 7,5 v.H. liegen wird.

Die geplanten Ausgabenerhöhungen sowie die zusätzlichen Steuerentlastungen durch das Steueränderungsgesetz 1979 und die weitere Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen führen 1979 zu einer Erhöhung des Defizits der öffentlichen Haushalte.

Nach den im Finanzplanungsrat vorgelegten Zahlen kann dieses Defizit 50 Mrd. DM (1978: 40,6 Mrd. DM) erreichen. Für das kommende Jahr ist mit einer geringfügigen Verbesserung der Defizitsituation zu rechnen. Der derzeitige Planungsstand ergibt mit 48,5 Mrd. DM ein um 1,5 Mrd. DM niedrigeres Defizit.

Vor diesem Hintergrund ist die mittelfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unabdingbar. Sie wird in dem Maße voranzutreiben sein, in dem sich die gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte nachhaltig durchsetzen. Dazu ist, wie auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hervorhebt, Augenmaß notwendig. Da Ausmaß und Tempo der Konsolidierung von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht werden müssen, muß die Konsolidierungsstrategie flexibel angelegt werden.

Der Finanzplanungsrat hat in diesem Zusammenhang im Mai dieses Jahres empfohlen, etwaige Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften vorrangig zur Verminderung der Kreditaufnahme zu verwenden. Neben der Notwendigkeit der Konsolidierung könnte die öffentliche Hand auf diese Weise der steigenden privatwirtschaftlichen Nachfrage - insbesondere auf dem Kapitalmarkt - Rechnung tragen.

2.4 Demographische Entwicklung

Mittel- und langfristige planerische Entscheidungen werden zunehmend durch neue, von der demographischen Entwicklung ausgehende Bedingungen beeinflußt. Es ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerungszahl in Zukunft weiter absinken und daß sich die Altersstruktur der Bevölkerung erheblich verändern wird.

2.4.1 Regionalprognose 1978/90

Nach der Regionalprognose 1978/90 des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-

Westfalen sinkt die nordrhein-westfälische Bevölkerung von 17,0 Mill. in 1978 auf 16,6 Mill. (- 2,2 v.H.) im Jahre 1990. Übersicht 1 zeigt die Entwicklung auf:

Übersicht 1: Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990

Jahr	Anzahl (in 1.000)	Veränderung (in 1.000) gegenüber	
		Vorzeile	1978
1978	17.031	.	.
1979	17.004	- 27	- 27
1980	16.985	- 19	- 46
1981	16.965	- 20	- 66
1982	16.935	- 30	- 96
1983	16.903	- 32	-128
1984	16.869	- 34	-162
1985	16.835	- 34	-196
1986	16.800	- 35	-231
1987	16.765	- 35	-266
1988	16.728	- 37	-303
1989	16.690	- 38	-341
1990	16.649	- 41	-382

Quelle: Regionalprognose 1978/90

Der Rückgang der Bevölkerungszahl hält sich nach der von der Ministerpräsidentenkonferenz in Auftrag gegebenen Modellrechnung bis etwa 1995 in Grenzen, um danach allerdings in wesentlich beschleunigtem Tempo fortzufahren. Bis Mitte der 90er Jahre werden die sich der Politik aus der Bevölkerungsentwicklung stellenden Probleme also nicht so sehr aus dem Rückgang der Bevölkerungszahl erwachsen, sondern vielmehr aus den erheblichen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung, wie sie sich in Übersicht 2 niederschlagen:

Übersicht 2: Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in
Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990

Jahr	Von der Gesamtzahl der Bevölkerung sind in der Altersgruppe							
	0 bis unter 3	3 bis unter 6	6 bis unter 10	10 bis unter 16	16 bis unter 19	bis unter 19	19 bis unter 65	65 und älter
v.H.								
1978	2,8	3,1	5,6	10,1	4,8	26,4	59,2	14,4
1979	2,8	2,9	5,1	10,1	4,9	25,8	59,6	14,6
1980	2,9	2,9	4,6	9,9	5,0	25,3	60,0	14,7
1981	2,9	2,9	4,3	9,5	5,1	24,7	60,6	14,7
1982	3,0	2,9	4,0	9,0	5,2	24,1	61,5	14,4
1983	3,0	3,0	3,9	8,4	5,2	23,5	62,5	14,0
1984	3,1	3,0	3,9	7,8	5,1	22,9	63,4	13,7
1985	3,1	3,1	3,9	7,2	5,0	22,3	64,1	13,6
1986	3,2	3,1	4,0	6,6	4,8	21,7	64,6	13,7
1987	3,3	3,2	4,0	6,3	4,4	21,2	64,9	13,9
1988	3,3	3,2	4,1	6,0	4,1	20,7	65,3	14,0
1989	3,3	3,3	4,2	5,9	3,7	20,4	65,6	14,0
1990	3,4	3,4	4,2	5,9	3,4	20,3	65,7	14,0

Quelle: Regionalprognose 1978/90

2.4.2 Finanzpolitische Aspekte

Die veränderten demographischen Fakten müssen schon heute nicht nur von den Fachplanungen, sondern auch von der Finanzpolitik berücksichtigt werden. In vielen Bereichen wird man sich veränderten Bedarfssituationen gegenübersehen.

Ein Beispiel dafür stellen die Lehrerbedarfszahlen dar:

Übersicht 3: Lehrerbedarf, Lehrerbstand, Lehrermangel, Lehrerüberangebot 1985 und 1990

Schulstufe	1985			1990		
	Lehrerbedarf	Lehrerbstand	Lehrermangel(-) Lehrerüberangebot(+)	Lehrerbedarf	Lehrerbstand	Lehrermangel(-) Lehrerüberangebot(+)
Primarstufe	34 500	39 920	+ 5 420	36 600	40 720	+ 4 120
Sekundarstufe I	59 900	85 350	+25 450	50 300	95 430	+45 130
Sekundarstufe II	51 800	57 280	+ 5 480	34 800	80 980	+46 180
Sonderschulen	11 500	15 090	+ 3 590	11 200	16 420	+ 5 220
Schulen insg.	157 700	197 640	+39 940	132 900	233 550	+100 650

Quelle:

Heft 37 der Schriftenreihe des KM "Strukturförderung im Bildungswesen des Landes NW"

Nach den Berechnungen des Kultusministers ist zu erwarten, daß in Nordrhein-Westfalen 1985 bereits ein Lehrerüberangebot von rd. 40 000 Lehrern zu verzeichnen sein wird, das sich bis 1990 auf über 100 000 Lehrer ausdehnt. Dabei wird auf allen Stufen des Bildungssystems ein Überhang an Lehrkräften festzustellen sein, so daß dieser durch Umsetzungen des Personals innerhalb des gesamten Schulsystems nicht abgebaut werden kann. Das Überangebot resultiert aus der gegenläufigen Entwicklung, bei der den geburtenschwachen Schülerjahrgängen in den nächsten Jahren zunehmend geburtenstarke Lehrerjahrgänge gegenüberstehen.

Nicht unerheblichen Einfluß wird der Bevölkerungsrückgang auch auf die Polizeidichte haben. Nach dem derzeitigen Planungsstand strebt Nordrhein-Westfalen eine Relation zwischen der Zahl der Polizeibeamten und der Einwohnerzahl von 1:400 an, die mit dem Zugang von 1 000 neuen Stellen 1980 bereits überschritten wird. Würde der dann zur Verfügung stehende Polizeibestand in den kommenden Jahren nur beibehalten, also nicht weiter erhöht werden, so entwickelte sich das Verhältnis folgendermaßen:

1985:	1:397
1990:	1:391
1995:	1:385

Die Polizeidichte-Relation wüchse also, bedingt durch den Bevölkerungsrückgang, automatisch weit über den Zielwert hinaus.

Für den finanzpolitischen Bereich wird häufig argumentiert, daß sich aus dem Bevölkerungsrückgang aufgrund der veränderten Bedarfszahlen im Personalbereich und den übrigen Sektoren (z.B. Zuweisungen, Investitionsausgaben) langfristig erhebliche finanzielle Einsparungen für die öffentlichen Haushalte ergeben müßten.

Diese These ist jedoch nur haltbar, wenn das durch politische Entscheidungen vorgegebene Szenarium unverändert bleibt. Sicherlich entscheidet die Bevölkerungsentwicklung mit über Umfang und Struktur zukünftiger Haushalte, in weit höherem Maße tun dies, wie sich an Beispielen belegen läßt, jedoch veränderte politische Vorgaben. Nur geringfügige Verbesserungen des staatlichen Leistungsangebotes führen in der Regel zu finanziellen Zusatzbelastungen, die die durch den Bevölkerungsrückgang zu erwartenden Einsparungen mehr als aufzehren. Die sich aus dem Absinken der Bevölkerungszahl ergebenden finanziellen Handlungsspielräume sind zudem rein rechnerischer Art und treten in langen Zeiträumen ein. Sie als Argument für kurzfristige Haushaltspolitik einzusetzen, wäre deshalb nicht sachgerecht.

2.4.3 Arbeitsmarktpolitische Problematik

Aus nordrhein-westfälischer Sicht ist bezüglich der Bevölkerungsstruktur die Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von besonderem Interesse, weil das Land die Probleme am Arbeitsmarkt besonders hautnah spürt. Zu diesen Personen werden alle Einwohner im Alter von 19 bis unter 65 Jahren gezählt. Diese Altersgruppe nimmt in Nordrhein-Westfalen von 1979 bis 1985

um rund 670.000 (+ 6,6 v.H.) auf 10,8 Mill. zu. Trotz Sinkens der Gesamtbevölkerungszahl wird der nordrhein-westfälische Arbeitsmarkt also im nächsten Jahrfünft zusätzlich ein Erwerbspotential von etwa 670.000 Personen aufzunehmen haben.

Übersicht 4: Altersgruppe 19 bis unter 65 Jahre in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1990

Jahr	Anzahl (in 1.000)	Veränderung (in 1.000) gegenüber	
		Vorzeile	1978
1978	10.091	.	.
1979	10.131	+ 40	+ 40
1980	10.187	+ 56	+ 96
1981	10.287	+100	+196
1982	10.413	+126	+322
1983	10.561	+148	+470
1984	10.704	+143	+613
1985	10.799	+ 95	+708
1986	10.849	+ 50	+758
1987	10.887	+ 38	+796
1988	10.921	+ 34	+830
1989	10.947	+ 26	+856
1990	10.934	- 13	+843

Quelle: Regionalprognose 1978/90

Die hohe Zahl der zu erwartenden Berufsanfänger wird im Bestand der Erwerbstätigen zu einer weiteren Umschichtung zugunsten jüngerer Jahrgänge führen. Junge Menschen werden vom Arbeitsmarkt grundsätzlich besser aufgenommen als ältere Arbeitnehmer, die schon jetzt zu den Problemgruppen unter den Arbeitslosen gehören. Es ist deshalb zu vermuten, daß sich dieses Problem in Zukunft noch verstärken wird.

Darüber hinaus dürfte das große Kontingent an Berufsneulingen voraussichtlich Engpässe am Arbeitsmarkt zur Folge haben. Das zusätzliche Arbeitskräftepotential wird nur dann vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden können, wenn die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung so günstig verläuft, daß ein dauerhaftes kräftiges Wachstum erreicht wird.

Die Landesregierung verfolgt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit großer Aufmerksamkeit. Zwar liegen die Kompetenzen in diesem Bereich primär beim Bund und bei der Arbeitsverwaltung. Die Landesregierung ergreift dennoch ergänzend Maßnahmen zur Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes, insbesondere wenn sie durch regional bedingte Strukturschwäche geboten sind. Neben einer auf die Stützung der konjunkturellen Auftriebskräfte ausgerichteten Haushaltsgestaltung zählen dazu z.B. die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Aktionsprogramms Ruhr. Ein weiteres Schwergewicht bilden u.a. die Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

3 Aktionsprogramm Ruhr

Die Lösung der spezifischen Probleme des Ruhrgebiets erfordert eine einmalige, zeitlich begrenzte Sonderhilfe des Landes und des Bundes. Die zeitweise Konzentrierung öffentlicher Hilfen - auch des Bundes - auf diesen Raum ist gerechtfertigt, weil das Ruhrgebiet von jeher weit mehr als andere Ballungsräume den Preis für die industrielle Entwicklung des Bundesgebietes, beispielsweise in Gestalt hoher Umweltbelastungen, zu zahlen hatte und weil ungelöste Wachstums- und Strukturprobleme an der Ruhr auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die übrigen Landesteile und das gesamte Bundesgebiet bleiben würden.

3.1 Finanzielles Gesamtvolumen

Das Gesamtvolumen des Aktionsprogramms beträgt, im wesentlichen verteilt auf die fünf Jahre 1980 bis 1984, rd. 6,9 Mrd. DM. Es errechnet sich aus Ausgaben des Landes, geschätzten Einnahmeverlusten, Hilfen des Bundes und vergleichsweise geringen Beiträgen der Gemeinden und von Dritten. Die Verteilung auf diese Gruppen und auf die Laufzeit zeigt die nachstehende Tabelle:

Übersicht 5: Aktionsprogramm Ruhr

	1980	1981	1982	1983	1984 ff	1980-84 ff insgesamt
	MITT. DM					
Ausgaben des Landes	441,2	1 032,4	1 163,0	1 056,1	1 414,3	5 107,0
Sonderabschreibungen im Rahmen des § 7 d EStG (Umweltschutz)	-	50,0	50,0	50,0	100,0	250,0
Fördervolumen des Landes insges.	441,2	1 082,4	1 213,0	1 106,1	1 514,3	5 357,0
Maßnahmen der Bundesregierung	461,8	434,2	210,8	189,4	174,6	1 470,8
Beitr. Dritter	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	99,5
Ruhrprogramm insgesamt	922,9	1 536,5	1 443,7	1 315,4	1 708,8	6 927,3

Die Leistungen aus dem Aktionsprogramm sind Sonderhilfen des Landes und des Bundes zugunsten des Ruhrgebietes. Sie treten also neben die laufenden Maßnahmen, die sich je nach Zweckbestimmung und Inanspruchnahme ebenfalls im Ruhrgebiet auswirken.

3.1.1 Anteil des Landes

Unter Berücksichtigung seiner Leistungsfähigkeit trägt das Land rd. 77,4 v.H. des Gesamtvolumens der Maßnahmen. Die Maßnahmen werden in die Haushalte integriert und damit ebenso wie die übrigen Landesausgaben aus Steuermitteln und aus Kreditaufnahmen finanziert.

Die Verteilung auf Aufgabengebiete und auf die künftigen Haushalte stellt sich wie folgt dar:

Übersicht 6: Aktionsprogramm Ruhr - Landesanteil nach Aufgabenbereichen

Aufgabengebiet	Funktionale Kennziffer	1980	1981	1982	1983	1984 ff	1980-1984 ff insgesamt
1. Allgemeine Dienste	0	1,8	10,8	16,4	20,0	136,0	185,0
2. Bildung, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1	30,7	39,9	45,9	52,5	51,8	220,6
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung, Vermögensbildung	2	35,8	91,8	110,8	15,3	3,4	257,1
4. Gesundheit, Sport u. Erholung	3	25,5	89,5	174,5	172,0	173,0	634,5
5. Wohnungswesen, Raumordnung, Landesplanung, Städtebauförderung	4	90,0	138,7	168,4	181,8	431,2	1 010,0
6. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	5	0,9	14,6	21,6	21,6	34,6	93,4
7. Energie-u.Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	90,7	473,5	443,6	419,3	416,4	1 843,5
8. Verkehrs- u. Nachrichtenwesen	7	12,0	13,8	22,0	15,8	10,3	73,9
9. Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- u. Kapitalvermögen, Sondervermögen	8	100,4	106,4	106,4	104,4	104,4	522,0
10. Allg. Finanzwirtschaft	9	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4	267,0
Aufgabengebiete insgesamt		441,2	1 032,4	1 163,0	1 056,1	1 414,3	5 107,0

3.1.2 Anteil des Bundes

Der Bund beteiligt sich an den neuen Maßnahmen für das Ruhrgebiet zu 21,2 v.H.. Die Bundeshilfen setzen sich aus Ausgabeansätzen und einem geschätzten Einnahmeverzicht zusammen. Sie werden, verteilt auf die künftigen Haushalte, für die nebenstehenden Zwecke gewährt:

Übersicht 7: Aktionsprogramm Ruhr - Bundesanteil nach Zweckbestimmungen -

Zweckbestimmung	1980	1981	1982	1983	1984 ff	1980-1984ff. insgesamt
	- Mill. DM -					
I. <u>Ausgabeseite:</u>						
1. Luftreinhaltung Altanlagen (Modellvorhaben)	15,0	30,0	30,0	25,0	20,0	120,0
2. Verbesserung des Bergschadensprogramms (5 Jahre)	1,6	0,7	0,7	0,7	0,7	4,4
3. Institut zur Humanisierung des Arbeitslebens	10,0	17,5	24,7	26,8	30,0	109,0
4. Deutsche Ständige Arbeitsschutzausstellung (Dortmund)	4,0	8,3	9,0	9,0	3,2	33,5
5. Arbeitsmarktpolitisches Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen vom 16.5.79 + Aufstockung (Ehrenbergprogramm)	376,5	240,5	16,0	-	-	633,0
6. Bundesanteil H-Bahn	4,8	4,8	-	-	-	9,6
7. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	3,0	3,0	5,0	8,0	11,0	30,0
8. Eisen- u. Stahlforschung	25,0	40,0	30,0	30,0	-	125,0
9. Forschungszentrum f. Schwerölgewinnung (u.a. Gelsenkirchen)	8,5	20,0	30,0	26,5	-	85,0
10. Umweltfreundlicher Kohleinsatz (Nichtnukleare Energieforschung)	7,0	11,0	7,0	5,0	-	30,0
11. Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder u. Jugendlicher (Bd. 50 %; 5 Jahre) -Modellvorhaben-	2,2	2,2	2,2	2,2	3,5	12,3
12. Einrichtung und Ausstattung von Werkstätten bei beruflichen Schulen	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	20,0
13. Sportstätten für den Leistungssport	-	2,0	2,0	2,0	2,0	8,0
14. Grimme-Institut	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,0
Zwischensumme I	461,8	384,2	160,8	139,4	74,6	1 220,8
II. <u>Einnahmeseite (Steuerausfälle):</u>						
- Sonderabschreibungen im Rahmen des § 7 d EStG (Umweltschutzmaßnahmen - 5 Jahre)	-	50,0	50,0	50,0	100,0	250,0
III. <u>Bundesmaßnahmen insgesamt</u>	461,8	434,2	210,8	189,4	174,6	1 470,8

- Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen -

3.1.3 Beiträge der Gemeinden und Dritter

In vergleichsweise geringem Umfang sind Beiträge der Gemeinden und Dritter zur Finanzierung des Aktionsprogramms vorgesehen. Es handelt sich im wesentlichen um Eigenleistungen anderer Gebietskörperschaften und gemeinnütziger Vereine bei der Finanzierung in den Bereichen Schulbau und Sport. Der auf fünf Jahre verteilte Gesamtbeitrag beläuft sich auf rd. 100 Mio. DM. Das sind etwa 1,4 v.H. des Gesamtvolumens.

3.2 Finanzielle Auswirkungen

Das Aktionsprogramm enthält in nicht unerheblichem Umfang Maßnahmen, die als Investitionsanreiz in bestimmten Wirtschaftsbereichen dienen sollen: Verlängerte und ausgeweitete Steuerabschreibungsmöglichkeiten und Investitionshilfen im Umweltschutzbereich, Zuschüsse im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung, Kraftwerkssanierungsprogramm, Technologieprogramme, Grundstücksfonds. Diese beispielhafte Aufzählung zeigt Bereiche, in denen den Aufwendungen des Landes nur Anstoßwirkung zukommt.

Die Landesregierung geht deshalb davon aus, daß die zu bewegenden Investitionsmittel das Programmvolumen von 6,9 Mrd. DM erheblich übersteigen werden.

Die Bedeutung des Programms für das Ruhrgebiet läßt sich deshalb nicht allein und abschließend am Programmvolumen messen.

4 Mittelfristig angestrebte Haushaltsentwicklung

4.1 Gesamtübersicht

Der Gesamtüberblick über die Entwicklung des Landeshaushalts bis zum Jahre 1983 (Übersicht 8) spiegelt die Leitgedanken des Planungskonzepts der vorliegenden Finanzplanung wider. Nachdem die Finanzpolitik der Landesregierung 1978 und 1979 expansive Akzente gesetzt hat und auf die Abstützung der gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte ausgerichtet war, muß nunmehr wieder verstärkt das Konsolidierungsziel angestrebt werden. Der Zwang dazu ergibt sich finanzwirtschaftlich aus der zunehmenden Schuldendienstbelastung. Darüber hinaus resultiert er aus konjunktur- und wachstumspolitischen Überlegungen. Die in den nächsten Jahren angestrebten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten werden zu einer zunehmenden Beanspruchung des Kapitalmarktes von privater Seite führen. Eine staatliche Verschuldung im bisherigen Ausmaß könnte dann Störungen am Kapitalmarkt erzeugen und die Wachstumsrate gefährden.

Die Finanzpolitik der Landesregierung wird in den kommenden Jahren in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und den jüngsten Empfehlungen des Finanzplanungsrates das Ziel verfolgen, die Verschuldung zu reduzieren. Das Umschalten auf Konsolidierung wird aber behutsam erfolgen müssen. Ausmaß und Zeitpunkt des Kurswechsels werden davon abhängig zu machen sein, inwieweit sich das Wachstum nachhaltig festigt. Die Finanzpolitik der Landesregierung wird daher insgesamt flexibel angelegt sein müssen. Sie muß rasch auf konjunk-

turelle Veränderungen reagieren können und zudem der Zielsetzung dienen, das Ruhrprogramm zügig abzuwickeln.

Übersicht 8: Gesamtüberblick über die Entwicklung des Landeshaushalts 1979 bis 1983

Ausgabe-/Einnahmeart	Haushaltsplan	Haushaltsplanentwurf	Planungsergebnis		
	1979	1980	1981	1982	1983
	- Mill. DM -				
1. Gesamtausgaben	48 629,2	51 234,9	54 230,3	57 087,0	59 552,5
Steigerung gegenüber Vorjahr in v.H.	.	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,3	+ 4,3
2. Steuereinnahmen	32 460,0	35 100,0	38 200,0	42 200,0	45 300,0
3. Übrige Einnahmen	8 031,2	8 067,9	8 130,3	8 150,3	8 291,5
4. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	8 138,0	8 067,0	7 900,0	6 736,7	5 961,0
<u>Nachrichtlich:</u>					
5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (netto)	7 707,0	7 610,2	7 461,0	6 375,4	5 433,8
6. Investitionsausgaben	10 883,5	11 326,0	11 800,4	11 925,5	11 985,8
7. Investitionsquote ¹⁾ (v.H.)	22,4	22,1	21,8	20,9	20,1

1) ohne investive Eigenausgaben der Wohnungsbauförderungsanstalt

4.2 Haushaltsvolumen

1979 schließt der Haushalt des Landes in Einnahmen und Ausgaben mit 48 629 Mill. DM ab. Die um die besonderen Finanzierungsvorgänge bereinigten Gesamtausgaben erreichen einen Betrag von 48 149 Mill. DM, das sind 2 832 DM je Einwohner.

Für 1980 weist die Finanzplanung die Ansätze des Haushaltsentwurfs in der dem Landtag vorgelegten Fassung aus. Das Gesamtvolumen beläuft sich auf 51 235 Mill. DM. Die Zuwachsrate gegenüber dem Haushaltsplan 1979 liegt bei 5,4 v.H.. In den Planungsjahren 1981 bis 1983 sind für das Haushaltsvolumen folgende Beträge und Veränderungsraten ausgewiesen:

Jahr	Planungsvolumen	Veränderungsrate	
	Mill. DM	Mill. DM	v. H.
1981	54 230	2 995	5,8
1982	57 087	2 857	5,3
1983	59 553	2 466	4,3

Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Gesamtausgaben 1980 bis 1983 auf der Basis 1979 in Höhe von 5,2 v.H. ist Resultat der Bemühungen der Landesregierung um eine Haushaltspolitik, der die Haushaltskonsolidierung als mittelfristige Aufgabe von hohem politischem Rang zugrunde liegt. Sie steht im Einklang mit den in der Finanzprojektion des Bundes vorgesehenen Steigerungsraten für die Länderhaushalte.

4.3 Nettokreditaufnahme

Die Ausgaben des Landes werden im wesentlichen aus Steuern, Zuweisungen vom Bund, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen und sonstigen Einnahmen der laufenden Rechnung (s. dazu weiter unter Ziff. 7) finanziert. Die verbleibende Deckungslücke muß durch Einnahmen aus Kreditmarktmitteln ausgeglichen werden.

Die steuerpolitischen Beschlüsse seit 1977 haben zu massiven Steuerentlastungen bei den Privaten und zu entsprechenden Steuerausfällen im Landeshaushalt geführt. Welche zusätzlichen Lasten die Landesregierung aufgrund dieser steuerlichen Maßnahmen allein im Zeitraum der Finanzplanung bis 1983 hat übernehmen müssen, verdeutlicht die nachfolgende Übersicht 9, bei der die Entlastungen im kommunalen Finanzausgleich bereits berücksichtigt sind:

Übersicht 9 : Steuerausfälle 1979 bis 1983

Maßnahme	1979	1980	1981	1982	1983
	- geschätzte Steuerausfälle in Mill. DM -				
1. Gesetz über steuerliche Vergünstigungen bei bestimmten Wohngebäuden vom 14.7.1977	- 110	- 120	- 140	- 160	- 180
2. Steueränderungsgesetz 1977 vom 16.8.1977	- 220	- 160	- 160	- 160	- 160
3. Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung vom 4.11.1977	- 1.140	-1.240	-1.300	-1.400	-1.500
4. Steueränderungsgesetz 1979 vom 2.12.1978	- 780	-1.063	-1.245	-1.141	-1.145
Insgesamt	- 2.250	-2.583	-2.845	-2.861	-2.985

Diese erheblichen steuerlichen Mindereinnahmen und die Mehrbelastungen durch das Aktionsprogramm Ruhr machen eine Nettokreditermächtigung für 1980 von 7,6 Mrd. DM notwendig. In den Jahren danach plant die Landesregierung, die Schuldenaufnahme deutlicher abzusenken und bis Ende des Planungszeitraumes 1983 eine Rückführung der Nettokreditermächtigung auf 5,4 Mrd. DM zu ermöglichen.

In der nachstehenden Finanzierungsübersicht sind die Kerndaten zur Neuverschuldung aufgezeigt:

Übersicht 10: Finanzierungsübersicht 1980 bis 1983

	1980	1981	1982	1983
	- Mill. DM -			
I. <u>Haushaltsvolumen</u>	51 234,9	54 230,3	57 087,0	59 552,5
II. <u>Ermittlung des Finanzierungssaldos</u>				
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt)	50 778,1	53 791,3	56 725,7	59 025,3
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt)	43 167,9	46 330,3	50 350,3	53 591,5
3. Finanzierungssaldo = Nettoverschuldung am Kreditmarkt	7 610,2	7 461,0	6 375,4	5 433,8

5 Entwicklung ausgewählter Ausgabearten

5.1 Personalausgaben

In Abstimmung mit den Zuwachsraten des Gesamthaushalts ist für die Personalausgaben in den Jahren 1980 bis 1983 auf der Basis 1979 eine durchschnittliche Zunahme von 6,0 v.H. vorgesehen.

Die Aufwendungen für das Personal des Landes werden von 17 985 Mill. DM im Jahre 1979 auf 22 653 Mill. DM im Endjahr des Planungszeitraumes ansteigen. Von den Gesamtausgaben des Landes entfallen dann 38,0 v.H. auf Personalkosten.

Übersicht 11: Personalausgaben des Landes
1979 bis 1983

Jahr	Insgesamt	Veränd.gegen Vorjahr	
	Mill. DM		v.H.
1979	17 985	.	.
1980	19 076	+ 1 091	+ 6,1
1981	20 311	+ 1 235	+ 6,5
1982	21 438	+ 1 127	+ 5,5
1983	22 653	+ 1 215	+ 5,7

Die Landesregierung hat bisher im Vergleich zu den übrigen Flächenländern den Anteil der Personalaufwendungen am Haushaltsvolumen relativ niedrig halten können. Er liegt nach wie vor unter dem Durchschnitt der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Gliederung der Landesbediensteten (Vollbeschäftigte 1978) unter funktionalen Gesichtspunkten zeigt folgende Schwerpunkte:

	v.H.
Schule und Hochschule	57,1
Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte, Strafvollzug	23,4
Finanz- und Bauverwaltung	10,7
Sonstige	<u>8,8</u>
Zusammen	100

Bei der Planung neuer Personalzugänge dürfen die hohen Einstellungsquoten in den letzten Jahren,

1977 10 000 Mehrstellen,
1978 9 300 Mehrstellen,
1979 9 400 Mehrstellen,

nicht außer acht gelassen werden, mit denen der Personalfehlbestand schon weitgehend abgebaut werden konnte. Mit diesem Stellenzuwachs von knapp 30.000 Mehrstellen hat die Landesregierung einen im Vergleich zu den übrigen Bundesländern überdurchschnittlich großen Beitrag im Hinblick auf eine Verbesserung des staatlichen Leistungsangebots erbracht. Für 1980 sind im Entwurf des Landeshaushalts nochmals 7.750 neue Stellen vorgesehen.

Die Personalausgabenansätze für die Jahre 1981 bis 1983 sind in der Finanzplanung so bemessen, daß einschließlich der Ansätze für angemessene lineare Gehalts- und Lohnverbesserungen 10.000 neue Stellen realisiert werden können.

An dieser Stelle sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Landesverwaltung als größter Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen jährliche Personalabgänge von über 40.000 Beschäftigten zu verzeichnen hat, die unverzüglich ersetzt werden.

Abschließend sei angemerkt, daß wegen der bereits erwähnten rückläufigen demographischen Entwicklung zur Deckung eines vorübergehenden Spitzenbedarfs keine zusätzlichen Dauerstellen geschaffen werden sollten.

Der geplante Zugang neuer Stellen berücksichtigt den sich aus Neuinvestitionen ergebenden Folgebedarf an Personal. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die in Betrieb gehenden Großklinikbauten in Aachen und Münster.

5.2 Investitionsausgaben

5.2.1 Verstetigte Investitionspolitik

Die Investitionsausgaben des Landes werden 1979 10 884 Mill. DM betragen. Dieses Volumen wird bis 1983 auf 11 986 Mill. DM ansteigen:

	Investitionsausgaben	Investitionsquote
	- Mill. DM -	- v.H. -
1979	10 884	22,4
1980	11 326	22,1
1981	11 800	21,8
1982	11 926	20,9
1983	11 986	20,1

Hinter dieser Ausgabenplanung steht das Bemühen der Landesregierung um eine verstetigte Investitionspolitik in den kommenden Jahren. Das Festschreiben der Investitionsraten wird nicht nur angesichts der fortschreitenden Bedarfssättigung im investiven Bereich notwendig, sondern auch wegen der zunehmenden Überhitzungssignale auf dem Baumarkt. Eine verstärkte öffentliche Nachfrage im Investitionsbereich würde die Engpaßsituation im Baugewerbe nur verschärfen und den konjunkturpolitischen Erfordernissen zuwiderlaufen. Die Landesregierung steht mit dieser Auffassung im Einklang mit den jüngsten Empfehlungen des Finanzplanungsrates, der die Verstetigung der Nachfrage im Investitionsbereich zu den aktuellen Zielen der Finanzpolitik rechnet.

Die Realisierung dieses Zieles wird zwangsläufig zu einem weiteren Absinken der Investitionsquote führen, in Nordrhein-Westfalen um gut 2 Prozentpunkte von 22,4 v.H. im Jahre 1979 auf 20,1 v.H. im Jahre 1983. Die seit langem rückläufige Entwicklung der Investitionsquote ist aber kein spezifisches Problem des Landes. Es spiegelt sich in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden gleichermaßen wider.

5.2.2 Folgelastenproblematik

Ursache des Verdrängungsprozesses von investiven zugunsten von nichtinvestiven Ausgaben ist neben der fortschreitenden Bedarfssättigung in hohem Maße die zunehmende Dauerbelastung der Haushalte durch Folgelasten zurückliegender Investitionen.

Diese Tatsache wird in finanzpolitischen Diskussionen häufig beklagt, weil den Investitionsausgaben innerhalb des Etats wegen ihrer konjunktur- und wachstumspolitischen Wirkungen der Vorrang gegeben wird. Eine Abwertung der staatlichen Konsumausgaben ist jedoch nicht problemgerecht. Für die staatliche Aufgabenerfüllung sind beide Kostenkategorien erforderlich. Sie stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander. Allein Art und Umfang des finanzierbaren vorrangigen Bedarfs an öffentlichen Leistungen entscheidet deshalb langfristig über die Haushaltsstruktur, nicht aber die mit den Ausgaben jeweils vorübergehend zu erzielenden Nebeneffekte in bezug auf Konjunktur und Beschäftigung.

Gleichwohl darf das Folgelastenproblem insbesondere aus haushaltswirtschaftlicher Sicht nicht vernachlässigt werden. Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen ist schon seit längerem bemüht, das Bewußtsein für diesen Problemkreis, auch auf der Kommunalebene, zu schärfen.

Die gemeindlichen Haushalte haben im Jahre 1978 knapp 4 Mrd. DM Investitionsfördermittel aus dem Landeshaushalt erhalten. Hier besteht eine große Wechselwirkung zwischen der Haushaltsstruktur von Land und Gemeinden. Damit ist das Land auch notwendigerweise mit der Folgelastenproblematik auf Gemeindeebene konfrontiert. Um den Informationsstand allgemein zu verbessern, hat der Finanzminister ein Gutachten über Folgelasten öffentlicher Investitionen in Auftrag geben, dessen Ergebnisse im nächsten Jahr vorliegen werden.

Im unmittelbaren Landesbereich stellt sich das Problem der Folgekosten vorrangig im Bereich des Hochschulbaues, auf den rund die Hälfte der Sachinvestitionen entfallen. Dort zeichnen sich hohe Zusatzkosten insbesondere durch die in den Jahren 1981/82 in Betrieb gehenden Klinikbauten ab.

Die vorliegende Finanzplanung berücksichtigt diese Entwicklung. Danach sind für die Personal- und Sachausgaben im Einzelplan 06 folgende Zuwachsraten geplant (in v.H.):

Jahr	Personalausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben
1980	+ 7,0	+ 6,7
1981	+ 5,4	+ 7,5
1982	+ 5,3	+ 8,1
1983	+ 5,1	+ 8,1

Diese werden ausreichen, um die im Planungszeitraum zu erwartenden zusätzlichen Belastungen abzufangen. Für die Klinikbauten wurden Stellenzugänge schon in Vorlaufphasen vorgesehen, so daß nachhaltige weitere überproportionale Stellenzuwächse nicht erforderlich sind. Die Sachausgaben erfahren entsprechend den Zeitpunkten der Inbetriebnahmen einen deutlichen überproportionalen Anstieg bis zum Ende des Planungszeitraumes; in welchem Umfang die angenommenen Mehreinnahmen bei den Pflegesätzen realisiert werden können, wird abzuwarten sein. Die Steigerungsraten der Sachausgaben liegen erheblich über den zu erwartenden Preissteigerungen, so daß in den Bereichen der Neubauvorhaben - soweit es sich dabei nicht

um in ihren laufenden Kosten bereits finanzierte Ersatzbauten handelt - ein beachtlicher Spielraum für eine Ausweitung der Sachausgabenausstattung verbleibt.

5.3 Gemeindefinanzausgleich

Das Bestreben des Landes, im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit für eine ausreichende kommunale Finanzausstattung zu sorgen, findet im Anteil der Zuweisungen des Landes an den Einnahmen der Gemeinden (GV) seinen Niederschlag. Nach den Orientierungsdaten der Landesregierung für die Haushaltsentwicklung der Gemeinden für das Jahr 1980 kann er mit rd. einem Drittel angenommen werden. Im absoluten Betrag sind das 13,6 Mrd. DM; davon fließen 8,7 Mrd. DM aus dem Kommunalen Steuerverbund und 4,9 Mrd. DM aus sonstigen Ansätzen des Landeshaushalts.

Die gesamten Leistungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes werden 1980 gegenüber dem Haushaltsplan 1979 nominal um 494,7 Mill. DM oder 6,0 v.H. zunehmen.

Auch in den Jahren ab 1980 wird die Landesregierung ihre bisherige Politik einer angemessenen und bedarfsorientierten Finanzausstattung der Gemeinden fortsetzen. Ihre Konzeption zielt darauf ab, in den Jahren 1981 bis 1983 eine jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der Leistungen des Landes im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes von 9,6 v.H. zu gewährleisten.

Für die übrigen Landesausgaben bleibt bei den in der Finanzplanung vorgesehenen Steigerungen des Gesamtetats von durchschnittlich 5,1 v.H. in den letzten drei Planungsjahren nur eine Jahresrate von 4,2 v.H.

Die Diskrepanz zwischen der Steigerungsrate des Steuerverbundes und der Zuwachsrate für die übrigen Landesausgaben ist in Wirklichkeit aber schwerwiegender, als sie in den genannten Zahlen zum Ausdruck kommt; denn das Land hat innerhalb dieser geringen Steigerungsraten nicht nur Ausgabeblöcke mit außerordentlichen Zuwachsraten zu bedienen, sondern auch noch die auf 3 Mrd. DM in 1983 steigende Zinsbelastung aus der Inanspruchnahme von Krediten.

6 Ausgaben nach Aufgabengebieten (Funktionen)

Die Aufwendungen des Landes für das Bildungswesen, die Ausgaben für den Wohnungs- und Straßenbau, die Fördermittel für das Krankenhauswesen sowie die allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden stellen - gemessen an ihrem Anteil an den Gesamtausgaben - bedeutende Schwerpunkte der vom Land zu erfüllenden Aufgaben dar. Auf die genannten Aufgabengebiete entfallen knapp 60 v.H. der gesamten Landesausgaben.

6.1 Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten

6.1.1 Schulen

Das Schulwesen im Land Nordrhein-Westfalen hat z.Z. rd. 3,3 Millionen Schüler zu betreuen und zu einer abgeschlossenen Schulbildung zu führen.

Zu diesem Zweck unterrichten rd. 150 000 Lehrkräfte im Landesdienst, das sind etwa 40 v.H. aller Landesbediensteten. Hinzu treten rd. 25 800 Beamte im Vorbereitungsdienst. Entsprechend dimensioniert sind die Personalausgaben für das Schulwesen. In 1980 müssen - ohne Versorgungsausgaben - rd. 7 Mrd. DM für die Besoldung und Vergütung der Lehrer bereitgestellt werden, das sind nahezu 14 v.H. der gesamten Landesausgaben in diesem Jahr.

Bei den Investitionsausgaben stellen hier die im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes für die Gemeinden und Gemeindeverbände bereitgestellten Investitionszuweisungen für die Durchführung des Schulbauprogramms den bedeutendsten Ausgabenschwerpunkt dar. 1980 sind hierfür 350 Mill. DM vorgesehen. Bei zunehmender Bedarfssättigung werden 1983 für diesen Zweck immerhin noch 300 Mill. DM bereitgestellt.

6.1.2 Hochschulen

Im Wintersemester 1978/79 waren an den 32 Hochschulen in Nordrhein-Westfalen rd. 297 000 Studenten immatrikuliert.

Für deren Ausbildung und die weiteren Aufgaben der Hochschulen werden im Jahre 1979 rd. 2,5 Mrd. DM Personalausgaben für rd. 51 800 Stellen aufzubringen sein, etwa ein Siebtel aller Aufwendungen des Landes für das Personalwesen.

Die Sachausgaben im Hochschulbereich werden in 1980 die Milliardengrenze überschreiten und auch in den Folgejahren den Gesamtetat stark belasten.

Die Investitionen im Hochschulbereich beanspruchen nach wie vor den Hauptanteil der Bautätigkeit des Landes. Sie umfassen 1980 fast 50 v.H. (529 Mill. DM) der gesamten Bauausgaben in Höhe von 1 067 Mill. DM. Im Planungszeitraum wird die Landesregierung für Bauinvestitionen im Hochschulbereich insgesamt 2,7 Mrd DM bereitstellen.

6.1.3 Ausbildungsförderung

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vom 26. August 1971 i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. April 1977 werden Schüler und Studenten finanziell unterstützt. 1978 machten von den Möglichkeiten des Gesetzes in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich rd. 130 000 Schüler und rd. 131 000 Studenten Gebrauch. Dafür sind im Landeshaushalt 1979 960 Mill. DM (330 Mill. DM im Schulbereich, 630 Mill. DM im Hochschulbereich) veranschlagt. In den Jahren bis 1983 wird sich dieser Betrag wie folgt entwickeln:

1980:	979	Mill. DM
1981:	1 019	" "
1982:	1 063	" "
1983:	1 108	" "

6.1.4 Bildungsausgaben insgesamt

Ergänzt man die Ausgaben für die bereits genannten Hauptbereiche um die Ausgaben für die überregionalen Finanzierungen, für das Archiv-,

Bücherei- und Bibliothekswesen, für die Sport-, Kunst- und Kulturpflege sowie die Forschungsförderung, erhält man die Gesamtausgaben für den hier angesprochenen Funktionalbereich. Sie liegen 1979 bei 14.560,0 Mill. DM. Bis 1983 wird die Landesregierung weitere 66,0 Mrd. DM für diesen Sektor verausgaben, und zwar in folgenden Jahresraten:

1980:	15.298,9	Mill. DM		
1981:	16.044,2	"	"	
1982:	16.914,7	"	"	
1983:	17.748,7	"	"	

6.2 Ausgaben für das Wohnungswesen

6.2.1 Wohnungsbau

Die Landesregierung hat die Förderung des Wohnungsbaues immer als einen Schwerpunkt der Landespolitik betrachtet. Ende 1978 betragen die aus den bisherigen Wohnungsbauprogrammen noch bestehenden Verpflichtungen des Landes 11,3 Mrd. DM.

Die im Haushaltsjahr 1979 fällig werdenden Auszahlungen auf die Förderungsprogramme bis einschl. Haushaltsjahr 1978 (zuzüglich der im Haushaltsjahr 1979 neu vorgesehenen Bewilligungen, soweit sich daraus im Haushaltsjahr 1979 schon Zahlungsverpflichtungen ergeben) werden auf 3,1 Mrd. DM geschätzt. Sie dienen der kassenmäßigen Abwicklung eingegangener Verpflichtungen.

In den Folgejahren sind in der Finanzplanung für diesen Zweck folgende Beträge vorgesehen:

1980:	2,8 Mrd. DM
1981:	2,7 Mrd. DM
1982:	2,6 Mrd. DM
1983:	2,4 Mrd. DM

Die Förderungsprogramme werden bewilligungsmäßig mit Hilfe von Verpflichtungsermächtigungen durchgeführt. Die daraus resultierenden Auszahlungsverpflichtungen brauchen jedoch nicht in voller Höhe aus Haushaltsmitteln des Landes bestritten zu werden. Vielmehr stehen für die jährlich notwendigen Auszahlungen auch die Tilgungs- und Zinsrückflüsse aus gewährten Baudarlehen im Wirtschaftsplan der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) zur Verfügung (1980: 808 Mill. DM).

Hinzu kommen die Bundesmittel (1980: 347 Mill. DM), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die zum überwiegenden Teil als Darlehen zufließenden Bundesmittel auf der anderen Seite eine Erhöhung der Kapitaldienstleistungen des Landes zur Folge haben.

Die nicht aus Rückflüssen und durch Bundesmittel gedeckte jährliche Auszahlungsverpflichtung muß unmittelbar aus Landesmitteln gedeckt werden. Soweit das nicht oder nur zu einem Teil aus laufenden Haushaltsmitteln möglich ist, werden vom Land Kreditmarktmittel aufgenommen.

Für die unmittelbar aus dem Landeshaushalt zu finanzierenden Auszahlungsverpflichtungen der Wohnungsbauförderungsanstalt sind folgende Zuschußbeträge in die Finanzplanung eingestellt worden:

1980:	1 460 Mill. DM
1981:	1 354 Mill. DM
1982:	1 184 Mill. DM
1983:	1 019 Mill. DM

6.2.2 Wohngeld

An Wohngeld wurden im Land (je hälftig zu Lasten von Land und Bund) in den letzten 10 Jahren 4,1 Mrd DM ausgezahlt. Die Jahresraten wuchsen von 173 Mill. DM in 1969 bis auf 622 Mill. DM im Jahre 1978. Im Rahmen dieser Finanzplanung mußte eine weitere Steigerung für Wohngeldzahlungen bis auf 810 Mill. DM im Jahre 1983 vorgesehen werden. Insgesamt fließen voraussichtlich im Zeitraum 1979 bis 1983 3,9 Mrd. DM in die Subventionierung von Mieten; das ist fast soviel, wie in den 10 vorangegangenen Jahren insgesamt für diesen Bereich aufgewendet wurde.

6.2.3 Ausgaben für das Wohnungswesen insgesamt

Neben den Ausgaben für den Wohnungsneubau und das Wohngeld hält die Landesregierung noch eine Reihe anderer Fördermaßnahmen im Wohnungssektor bereit (in Klammern die Ansätze für 1980):

- Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens (101 Mill. DM)
- Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete (77 Mill. DM)
- Gemeinsames Modernisierungsprogramm des Bundes und der Länder (197 Mill. DM)
- Abschreibung nach § 7 b EStG (ca. 500 Mill. DM)
- Wohnungsbauprämien (405 Mill. DM)

Die genannten Aktivitäten zeigen das breite Spektrum auf, in dem die Landesregierung das Wohnungswesen unterstützt und fördert. Für diesen Aufgabenbereich sind in der Finanzplanung insgesamt ausgewiesen:

1979:	4,2 Mrd. DM
1980:	4,0 Mrd. DM
1981:	4,0 Mrd. DM
1982:	3,8 Mrd. DM
1983:	3,8 Mrd. DM

6.3 Ausgaben für das Verkehrswesen

6.3.1 Straßenbau

Am 1.1.1978 wies das Straßennetz in Nordrhein-- Westfalen eine Gesamtlänge von rd. 86 000 km auf. Davon entfielen 12 218 km auf Landstraßen.

Zusammen mit den Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Landstraßen und den Kosten für die Entwurfsbearbeitung der Landstraßen

und Bundesfernstraßen sind im fünfjährigen Planungszeitraum fast 4,3 Mrd. DM (1980: 822 Mill. DM) vorgesehen. Diese Mittel werden über die Landschaftsverbände verausgabt.

Den Kreisen und Gemeinden stellt das Land 1979 1 010 Mill. DM für den Straßenbau zur Verfügung. Rd. 54 v.H. dieser Mittel werden den Kreisen und Gemeinden als pauschalierte Zuweisungen im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbundes (sog. kleiner Steuerverbund) für die Erfüllung von Aufgaben aus der Straßenbaulast zugewiesen.

6.3.2 Schienenverkehr

Für den Schienenverkehr wird das Land 1979 962,2 Mill. DM ausgeben. Diese Mittel sollen vor allem zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs verwendet werden, für den 1979 928,0 Mill. DM veranschlagt sind. Bis 1983 wird diese Position einen Betrag von 929,2 Mill. DM erreichen. Den wichtigsten Ausgabenposten bilden dabei die Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs mit Massenverkehrsmitteln (1979: 291,9 Mill. DM).

Auch durch Zuschüsse an die Deutsche Bundesbahn bemüht sich das Land um einen weiteren Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel. In 1979 werden 25,3 Mill. DM Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der Nahverkehrsbedienung gegeben.

Die Ausgaben für den Schienenverkehr insgesamt steigen von 962,2 Mill. DM in 1979 auf 972,9 Mill. DM in 1983.

6.3.3 Ausgaben für das Verkehrswesen insgesamt

Neben dem Straßenbau und dem Schienenverkehr stellt das Land weitere Beträge für die Luftfahrt (1979: 38,0 Mill. DM) und die Schifffahrt (1979: 47,2 Mill. DM) zur Verfügung. Die gesamten Ausgaben des Landes für das Verkehrswesen erreichen 1979 ein Volumen von 2.771,3 Mill. DM. In den Jahren 1980 bis 1983 sollen insgesamt weitere 12,2 Mrd. DM bereitgestellt werden. Im Zeitraum der vorliegenden Finanzplanung fließen damit allein 15 Mrd. DM in das Verkehrswesen Nordrhein-Westfalens.

6.4 Ausgaben für das Krankenhauswesen

Zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung standen im Jahre 1978 192 700 Betten in 654 Krankenhäusern zur Verfügung. In ihnen wurden 1978 3,0 Mill. Kranke mit einer Gesamtzahl von 59,1 Mill. Pflagetagen stationär behandelt.

Auf der Grundlage des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) vom 29.6.1972 leistet das Land einen erheblichen Beitrag zur Absicherung der erwähnten medizinischen Leistungen im Krankenhausbereich. Die Krankenhausförderung erstreckt sich sowohl auf einmalige als auch auf laufende Investitionszuschüsse zur wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser. An der Krankenhausförderung beteiligt sich der Bund in Form von Zuweisungen, die im Landeshaushalt vereinnahmt werden.

Für die Krankenhausförderung sind im Jahre 1979 insgesamt 997,7 Mill. DM im Landeshaushalt veranschlagt. In den Jahren 1980 bis 1983 werden sich die Mittel für diesen Bereich auf insgesamt 3.966,1 Mill. DM belaufen.

7 Einnahmeentwicklung

Der Landeshaushalt wird aus Steuereinnahmen, nichtsteuerlichen Einnahmen und Krediten finanziert. Zur Entwicklung der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt siehe Ziff. 4.3. Die beiden anderen Einnahmearten sind nachfolgend dargestellt.

7.1 Steuereinnahmen

Auf der Grundlage der Einnahmeerwartung 1979 und unter Berücksichtigung der regionalisierten Prognose des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 21./23. Mai 1979 zeigt die geschätzte Entwicklung der Steuereinnahmen folgendes Bild:

Übersicht 12: Steuereinnahmen 1979 bis 1983

Jahr	Steuereinnahmen insgesamt	Veränderungen geg. Vorjahr	
	Mrd. DM		v. H.
1979	32,5	.	.
1980	35,1	+ 2,6	+ 8,1
1981	38,2	+ 3,1	+ 8,8
1982	42,2	+ 4,0	+10,5
1983	45,3	+ 3,1	+ 7,3

Die Steuereinnahmen decken damit im Planungszeitraum 1979 bis 1983 im Durchschnitt 71,1 v.H. des Haushaltsvolumens. Für die Jahre 1980 bis 1983 wird auf der Basis 1979 eine durchschnittliche Zuwachsrate für die Steuereinnahmen des Landes von 8,7 v.H. erwartet. Im Endjahr des Planungszeitraums belaufen sich die Steuereinnahmen auf 45,3 Mrd DM.

Ausgangsbasis für die mittelfristige Steuerschätzung sind die für das Jahr 1979 zu erwartenden Steuereinnahmen. Nach dem bisherigen Einnahmegergebnis dieses Jahres zeichnet sich eine Entwicklung ab, die günstiger verläuft, als ursprünglich bei Aufstellung des Haushaltsplans angenommen wurde. Eine Bestätigung durch die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Für den mittelfristigen Zeitraum bis 1983 liegt der Steuerschätzung derselbe gesamtwirtschaftliche Datenkranz zugrunde, der auch der Finanzplanung insgesamt als Orientierungsrahmen dient und zu den in Abschnitt 2.2 beschriebenen Wachstumserwartungen geführt hat.

Bei der Steuerschätzung sind die in Übersicht 9 (S. 21) dargelegten Steuerausfälle aus den verschiedenen steuerpolitischen Beschlüssen der vergangenen Jahre berücksichtigt worden. Mit den im Steueränderungsgesetz 1979 vorgesehenen Entlastungen bei der Gewerbesteuer und mit der getroffenen Regelung für die Gemeinden zum Ausgleich der Steuerausfälle aus dem Wegfall der Lohnsummensteuer kommen auf das Land ab 1980 weitere Ausfallbelastungen zu. Die Ausgleichs-

regelung für den Wegfall der Lohnsummensteuer sieht im einzelnen vor:

Für alle Gemeinden wird der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer von 14 auf 15 v.H. angehoben und die Gewerbesteuerumlage um ein Drittel abgesenkt.

Insgesamt erhalten die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen dadurch Mehreinnahmen von rd. 1,3 Mrd. DM, die jeweils zur Hälfte von Bund und Land getragen werden.

Die Gemeinden, in denen bisher Lohnsummensteuer erhoben wurde, erhalten einen Spitzenausgleich von 523 Mill. DM. Dieser Betrag dient dazu, die Einnahmenverluste auszugleichen, die nicht durch

- die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer,
- die Senkung der Gewerbesteuerumlage und
- eine angemessene Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital kompensiert werden können.

In den Gemeinden, die bisher keine Lohnsummensteuer erhoben haben, dürften die Einnahmenverluste aus dem Steueränderungsgesetz 1979 mehr als kompensiert sein. Die Landesregierung geht daher davon aus, daß diese Gemeinden die Mehreinnahmen durch eine Senkung der Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital an die Wirtschaft weitergeben.

Die für 1981 erwarteten, allerdings noch zu beschließenden neuen Steuererleichterungen sind selbstverständlich im Rahmen dieser Finanz-

planung noch nicht berücksichtigt worden, weil auch nicht annähernd quantifizierbar. Sie bilden dennoch für den mittelfristigen Zeitraum ein erhebliches Einnahmerisiko, dem zu gegebener Zeit Rechnung zu tragen sein wird.

Für jede Steuerschätzung gilt im übrigen grundsätzlich, zumal unter längerfristigen Aspekten, der Vorbehalt, daß eine Abweichung der tatsächlichen Entwicklung gegenüber der Schätzung um etwa 2 v.H. nach beiden Seiten als innerhalb der Toleranzgrenzen liegend angesehen werden muß. In absoluten Beträgen wären das für die Jahre 1981 bis 1983 immerhin etwa 750 bis 900 Mill. DM jährlich.

7.2 Nichtsteuerliche Einnahmen

Die nichtsteuerlichen Einnahmen (ohne Kreditmarktmittel) sind 1979 mit rd. 8,0 Mrd. DM veranschlagt und decken 16,5 v.H. der Gesamtausgaben des Landes. Davon entfallen 4,8 Mrd. DM auf Einnahmen vom Bund. Letztere binden zu einem großen Teil komplementäre Landesmittel. Damit wird über den Landeshaushalt in beträchtlichem Maße vorverfügt.

Die wichtigsten Positionen innerhalb der Bundeszuweisungen, die durch Landesmittel ergänzt werden, entwickeln sich wie folgt:

- Der Bundesanteil an den Aufwendungen des Landes für Wohnungsbauprämien, dessen Ansatz 1979 noch 200,0 Mill. DM beträgt, wird 1983 bei 212,5 Mill. DM liegen.

- Eine rückläufige Entwicklung ist bei den Bundeszuweisungen für den Ausbau von Hochschulen zu verzeichnen, die von 340,0 Mill. DM (1979) auf 300,0 Mill. DM (1983) absinken werden.
- Steigende Tendenz weist dagegen der Bundesanteil an der Förderung des Nahverkehrs und des Straßenbaues auf, der sich von 551,8 Mill. DM im Haushaltsjahr 1979 auf 640,0 Mill. DM im letzten Jahr der Planperiode erhöhen wird.
- Der Anteil des Bundes an den Zuweisungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) wird von 192,7 Mill. DM (1979) bis 1983 auf 242,2 Mill. DM anwachsen.
- Geringfügig steigende Beträge sind darüber hinaus beim Bundesanteil an den Aufwendungen für das Wohngeld (Ansatz 1979: 400,0 Mill. DM; 1983: 405,0 Mill. DM) zu erwarten.
- Schließlich und vor allem werden sich die Zuweisungen für die Ausbildungsförderung im Schul- und Hochschulbereich in den nächsten Jahren ausweiten. Hier steigen die Zuweisungen aus Bundesmitteln von 624,0 Mill. DM im laufenden Haushaltsjahr 1979 auf insgesamt 720,2 Mill. DM im letzten Jahr des Planungszeitraums.

Neben den Einnahmen vom Bund verbleiben 1979 3,2 Mrd. DM an sonstigen nichtsteuerlichen Einnahmen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Darlehensrückflüsse.

C
459, 1

Gruppierung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		Mill. DM				
I. Ausgaben						
1. Personalausgaben	4	17.984,7	19.075,8	20.311,4	21.438,0	22.652,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2.307,9	2.450,1	2.604,8	2.784,2	2.975,0
3. Schuldendienst	56 - 59	2.460,5	2.677,2	3.004,1	3.237,5	3.706,7
31 Zinsausgaben	56, 57	1.864,5	2.067,3	2.412,1	2.719,5	3.033,5
dar.: an Kreditmarkt	57	1.780,4	2.010,1	2.354,5	2.659,9	2.971,8
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	15.082,2	15.902,6	16.806,7	17.976,3	18.199,2
5. Investitionsausgaben	7, 8	10.883,5	11.326,0	11.800,4	11.925,5	11.985,8
51 Sachinvestitionen	7, 81, 82	1.529,0	1.680,9	1.631,8	1.588,6	1.615,9
52 Investitionsförderung	83 - 89	9.354,6	9.645,1	10.168,6	10.336,9	10.369,8
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	- 89,7	- 196,9	- 297,0	- 274,5	+ 33,0
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		48.629,2	51.234,9	54.230,3	57.087,0	59.552,5
II. Einnahmen						
1. Steuern	01, 05, 06	32.460,0	35.100,0	38.200,0	42.200,0	45.300,0
2. Zuweisungen und Erstattungen vom Bund	221, 231, 241, 251, 291, 331	4.463,5	4.455,1	4.278,0	4.349,0	4.442,2
dar.: für Investitionen	331	1.662,0	1.857,1	1.680,3	1.718,8	1.779,1
3. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	8.138,0	8.067,0	7.900,0	6.736,7	5.961,0
4. Übrige Einnahmen	09, 1, Rest zu 3	3.567,7	3.612,8	3.852,3	3.801,3	3.849,3
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		48.629,2	51.234,9	54.230,3	57.087,0	59.552,5
Nachrichtlich: Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto	32./59	7.707,0	7.610,2	7.461,0	6.375,4	5.433,8

Anteile der Ausgabe- und Einnahmearten am Gesamthaushalt

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	Haushaltsplan	Haushaltsplan Entwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		vH				
I. Ausgaben						
1. Personalausgaben	4	37,0	37,2	37,5	37,5	38,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	4,7	4,8	4,8	4,9	5,0
3. Schuldendienst	56 - 59	5,1	5,2	5,5	5,7	6,2
31 Zinsausgaben	56, 57	3,8	4,0	4,5	4,8	5,1
dar.: an Kreditmarkt	57	3,7	3,9	4,3	4,7	5,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	31,0	31,1	31,0	31,5	30,6
5. Investitionsausgaben	7, 8	22,4	22,1	21,8	20,9	20,1
51 Sachinvestitionen	7, 81, 82	3,2	3,3	3,0	2,8	2,7
52 Investitionsförderung	83 - 89	19,2	18,8	18,8	18,1	17,4
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,1
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		100	100	100	100	100
II. Einnahmen						
1. Steuern	01, 05, 06	66,8	68,5	70,4	73,9	76,1
2. Zuweisungen und Erstattungen vom Bund	221, 231, 241, 251, 291, 331	9,2	8,7	7,9	7,6	7,4
dar.: für Investitionen	331	3,4	3,6	3,1	3,0	3,0
3. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	16,7	15,8	14,6	11,8	10,0
4. Übrige Einnahmen	09,1, Rest 2u.3	7,3	7,0	7,1	6,7	6,5
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		100	100	100	100	100
Nachrichtlich: Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto	32./59	15,9	14,9	13,8	11,2	9,1

Ausgaben nach Aufgabengebieten

Aufgabengebiet	Funktionale Kennsiffer	Haushalts- plan	Haushalts- plan Entwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		Mill. DM				
1. Allgemeine Dienste	0	6.172,2	6.608,9	6.871,7	7.195,9	7.566,8
2. Bildung, Wissen- schaft, Forschung, kulturelle Angele- genheiten	1	14.560,0	15.298,9	16.044,2	16.914,7	17.748,7
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfol- geaufgaben, Wieder- gutmachung, Vermö- gensbildung	2	4.167,8	3.999,0	4.159,5	4.297,8	4.288,0
4. Gesundheit, Sport und Erholung	3	1.432,6	1.503,9	1.630,2	1.651,7	1.625,1
5. Wohnungswesen, Raum- ordnung, Landespla- nung, Städtebauför- derung	4 (41,42,44)	3.310,5	3.258,0	3.308,7	3.298,7	3.263,6
6. Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten	5	783,0	806,3	851,0	874,4	888,3
7. Energie- und Wasser- wirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	2.232,7	2.140,3	2.206,1	2.089,5	2.095,7
8. Verkehrs- und Nach- richtenwesen	7	2.771,3	2.936,3	3.027,3	3.081,2	3.180,4
9. Wirtschaftsunterneh- men, allg. Grund- u. Kapitalvermögen, Sondervermögen	8	256,2	425,8	470,8	496,6	513,6
10. Allg. Finanzwirt- schaft	9 (ohne 99)	12.462,6	13.748,7	15.189,9	16.770,9	17.823,0
11. Aufgabengebiete insgesamt		48.148,9	50.726,0	53.759,4	56.671,2	58.993,3
<u>Nachrichtlich:</u>						
12. Besondere Finanzie- rungsvorgänge	92, 95, 97 (soweit Obergruppen 59, 91, 96)	431,0	456,8	439,0	361,3	527,2
13. Haushaltstechnische Verrechnungen	99 (= Tit. 98)	49,3	52,1	32,0	54,5	32,0
14. Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		48.629,2	51.234,9	54.230,3	57.087,0	59.552,5

Anteile der Aufgabengebiete an den Gesamtausgaben

Aufgabengebiet	Funktionale Kennziffer	Haushalts- plan	Haushalts- plan Entwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		vH				
1. Allgemeine Dienste	0	12,7	12,9	12,6	12,6	12,7
2. Bildung, Wissen- schaft, Forschung, kulturelle Angele- genheiten	1	29,9	29,9	29,6	29,6	29,8
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfol- geaufgaben, Wieder- gutmachung, Vermö- gensbildung	2	8,6	7,8	7,6	7,5	7,2
4. Gesundheit, Sport und Erholung	3	3,0	2,9	3,0	2,9	2,7
5. Wohnungswesen, Raum- ordnung, Landespla- nung, Städtebauför- derung	4 (41,42,44)	6,8	6,4	6,1	5,8	5,5
6. Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten	5	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5
7. Energie- und Wasser- wirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	4,6	4,2	4,1	3,7	3,5
8. Verkehrs- und Nach- richtenwesen	7	5,7	5,7	5,6	5,4	5,3
9. Wirtschaftsunterneh- men, allg. Grund- u. Kapitalvermögen, Sondervermögen	8	0,5	0,8	0,9	0,9	0,9
10. Allg. Finanzwirt- schaft	9 (ohne 99)	25,6	26,8	28,0	29,4	29,9
11. Aufgabengebiete insgesamt		99,0	99,0	99,1	99,3	99,0
<u>Nachrichtlich:</u>						
12. Besondere Finanzie- rungsvorgänge	92, 95, 97 (soweit Obergruppen 59, 91, 96)	0,9	0,9	0,8	0,6	0,9
13. Haushaltstechnische Verrechnungen	99 (= Tit. 98)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
14. Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		100	100	100	100	100

Aufgabengebiet	Funktionale Kennziffer	Jahr	Personalausgaben	Zahlungen der lfd. Rechnung an Gebietskörpersch.	Übrige Ausgaben der lfd. Rechnung	Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen (Sp.1-3)	Sachinvestitionen	Zahlungen der Kapitalrechnung an Gebietskörpersch.	Übrige Ausgaben der Kapitalrechnung	Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen (Sp.5-7)	Nachrichtl. Sachinvestitionsförderungsmaßnahmen	sonstige (Sp.4+8)	Zahlungen von Gebietskörperschaften	Nettoausgaben (Sp.10./11)
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Allg. Dienste	0	1979	4.574,3	80,3	1.059,6	5.714,2	423,3	34,7	0,1	458,0	458,0	6.172,2	189,9	5.982,3
		1980	4.831,9	95,4	1.131,6	6.058,9	513,9	36,1	0,0	550,0	550,0	6.608,9	196,9	6.412,1
		1981	5.072,1	84,0	1.176,8	6.332,9	496,3	42,4	0,0	538,8	538,8	6.871,7	189,8	6.681,9
		1982	5.337,6	87,5	1.251,4	6.676,5	475,0	44,4	0,0	519,4	519,4	7.195,9	192,1	7.003,8
		1983	5.620,6	82,5	1.325,7	7.028,9	491,5	46,4	0,0	537,9	537,9	7.566,8	194,4	7.372,4
2. Bildung, Wissenschaft Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1	1979	9.224,2	489,3	3.007,8	12.721,4	986,0	469,3	303,3	1.838,6	1.838,6	14.560,0	1.064,5	13.495,5
		1980	9.806,1	572,9	3.236,1	13.615,1	865,5	442,5	375,8	1.683,8	1.683,8	15.298,9	1.074,2	14.224,7
		1981	10.397,7	579,9	3.416,2	14.393,8	821,5	445,6	383,3	1.650,4	1.650,4	16.044,2	1.027,2	15.017,0
		1982	10.994,7	655,7	3.633,9	15.284,3	796,2	445,0	389,2	1.630,4	1.630,4	16.914,7	1.071,2	15.843,5
		1983	11.591,6	699,1	3.853,2	16.143,9	811,3	396,1	397,3	1.604,8	1.604,8	17.748,7	1.128,6	16.620,0
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebildung, Vermögensbildung	2	1979	214,9	531,9	2.763,2	3.510,0	14,9	217,6	425,3	657,8	657,8	4.167,8	1.570,2	2.597,6
		1980	228,0	537,5	2.556,7	3.322,3	8,7	214,3	453,6	676,7	676,7	3.999,0	1.548,6	2.450,4
		1981	225,9	556,9	2.696,9	3.479,6	3,5	220,5	456,0	679,8	679,8	4.159,5	1.538,8	2.620,6
		1982	241,7	565,2	2.809,8	3.616,7	3,8	223,1	454,1	681,1	681,1	4.297,8	1.563,6	2.734,1
		1983	257,7	582,8	2.749,6	3.590,1	3,3	230,1	464,5	697,9	697,9	4.288,0	1.501,4	2.786,6
4. Gesundheit, Sport und Erholung	3	1979	25,8	100,9	541,1	667,8	8,7	152,3	603,8	764,8	764,8	1.432,6	209,7	1.132,9
		1980	26,2	104,2	553,4	683,9	9,5	168,8	641,7	820,0	820,0	1.503,9	299,1	1.204,8
		1981	27,4	113,3	585,6	726,3	9,0	194,2	700,8	903,9	903,9	1.630,2	320,8	1.309,4
		1982	28,7	116,3	590,2	735,1	9,3	197,2	710,1	916,6	916,6	1.651,7	314,0	1.337,7
		1983	30,0	123,3	629,0	782,2	1,9	193,9	647,1	842,8	842,8	1.625,1	320,0	1.305,1
5. Wohnungswesen, Raumordnung, Landesplanung, Städtebauförderung	4 (41,42,44)	1979	19,0	0,0	86,6	105,7	1,1	928,1	2.275,7	3.204,9	3.204,9	3.310,5	260,9	3.049,6
		1980	20,0	-	122,9	142,9	2,4	991,7	2.121,0	3.115,1	3.115,1	3.258,0	257,0	3.001,0
		1981	20,9	-	119,2	140,1	5,9	1.068,2	2.094,5	3.168,6	3.168,6	3.308,7	303,5	3.005,2
		1982	21,8	-	114,4	136,3	3,9	1.178,2	1.980,4	3.162,4	3.162,4	3.298,7	347,0	2.951,7
		1983	22,8	-	104,8	127,6	3,9	1.308,2	1.823,9	3.136,0	3.136,0	3.263,6	365,0	2.898,6
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	1979	92,5	9,3	373,7	475,5	6,0	17,2	284,3	307,5	307,5	783,0	224,5	558,5
		1980	96,4	9,2	395,6	501,2	8,2	12,8	284,0	305,1	305,1	806,3	215,4	590,9
		1981	107,1	10,2	406,7	524,0	11,2	8,7	307,1	327,0	327,0	851,0	212,9	638,1
		1982	115,7	10,3	419,2	545,1	10,2	8,7	310,3	329,3	329,3	974,4	214,0	660,4
		1983	123,0	10,3	432,0	566,1	3,3	8,8	310,1	322,2	322,2	888,3	214,0	674,3
7. Energie- u. Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	1979	68,3	13,1	662,1	743,5	24,5	468,2	996,5	1.489,2	1.286,7	2.232,7	224,3	2.008,4
		1980	76,3	13,1	585,3	674,7	35,7	491,9	938,0	1.465,5	1.260,5	2.140,3	218,2	1.922,1
		1981	79,8	14,1	483,7	577,6	17,4	393,0	1.218,1	1.628,4	1.421,9	2.206,1	71,8	2.134,2
		1982	83,4	15,1	460,4	558,9	13,2	454,0	1.063,4	1.530,6	1.391,6	2.089,5	71,1	2.018,4
		1983	87,0	18,1	396,4	501,5	9,9	455,0	1.129,4	1.594,2	1.449,2	2.095,7	71,8	2.023,9
8. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7	1979	-	371,4	168,3	539,7	0,4	1.765,3	275,9	2.041,6	2.041,6	2.771,3	600,7	2.170,6
		1980	-	374,6	239,4	613,9	0,1	1.990,0	332,3	2.322,4	2.322,4	2.936,3	611,9	2.324,4
		1981	-	403,6	235,4	639,0	0,1	2.033,5	354,7	2.388,3	2.388,3	3.027,3	633,4	2.393,9
		1982	-	396,0	230,5	626,5	0,1	2.090,2	364,3	2.454,6	2.454,6	3.081,2	630,7	2.450,5
		1983	-	401,4	232,8	634,2	0,1	2.171,4	374,7	2.546,2	2.546,2	3.180,4	645,7	2.534,8
9. Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervorzügen	8	1979	47,9	-	86,6	134,5	62,0	0,7	59,0	121,7	121,6	256,2	-	256,2
		1980	49,4	-	93,1	142,5	235,6	2,8	44,9	283,3	283,2	425,8	-	425,8
		1981	53,8	-	97,3	151,1	264,8	2,5	52,4	319,7	319,6	470,8	-	470,8
		1982	56,3	-	102,0	158,3	274,9	2,5	60,9	338,2	338,1	496,6	-	496,6
		1983	59,1	-	107,6	166,7	288,7	2,5	55,7	346,9	346,8	513,6	-	513,6
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	9 (ohne 99)	1979	3.717,7	6.915,4	1.791,6	12.424,7	2,0	324,0	40,9	366,9	202,0	12.462,6	654,6	11.808,0
		1980	3.941,4	7.581,3	2.020,6	13.543,4	1,3	417,1	35,9	454,3	301,3	13.748,7	621,3	13.127,4
		1981	4.326,6	8.271,9	2.365,3	14.963,9	2,0	520,0	33,0	555,0	402,0	15.189,9	602,2	14.587,7
		1982	4.550,1	9.212,7	2.670,5	16.441,3	2,0	623,6	33,0	650,7	502,0	16.770,9	505,6	16.180,3
		1983	4.860,1	9.331,1	2.982,7	17.174,0	2,0	628,3	17,8	648,1	502,0	17.823,0	576,6	17.246,4

nach Querschnitt nach Aufgabengebieten und Ausgabenarten
- Mill. DM -

Aufgabengebiet	Funktionale Kennziffer	Jahr	Personalausgaben	Zahlungen der lfd. Rechnung an Gebietskörpersch.	Übrige Ausgaben der lfd. Rechnung	Ausgaben der lfd. Rechnung zusammen (Sp. 1-3)	Sachinvestitionen	Zahlungen der Kapitalrechnung an Gebietskörpersch.	Übrige Ausgaben der Kapitalrechnung	Ausgaben der Kapitalrechnung zusammen (Sp. 5-7)	Nachrichtl. Sachinvestitionsförderungsmaßn.	Gesamtausg. (Sp. 4+8)	Zahlungen von Gebietskörperschaften	Nettoausgaben (Sp. 10./11)
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
11. Aufgabengebiete insgesamt		1979	17.984,7	8.511,7	10.540,4	37.036,8	1.529,0	4.377,3	5.344,8	11.251,1	10.883,5	48.148,9	5.089,3	43.059,5
		1980	19.075,8	9.288,3	10.934,6	39.298,8	1.680,9	4.768,0	5.227,3	11.676,2	11.326,0	50.726,0	5.042,5	45.683,5
		1981	20.311,4	10.033,9	11.583,1	41.926,4	1.631,8	4.928,3	5.599,9	12.160,0	11.800,4	53.759,4	4.906,5	48.852,9
		1982	21.438,0	11.058,7	12.282,3	44.779,0	1.588,6	5.266,9	5.365,7	12.221,2	11.925,5	56.671,2	4.989,3	51.681,9
		1983	22.652,8	11.248,6	12.813,9	46.715,3	1.615,9	5.440,5	5.220,5	12.276,9	11.985,8	58.993,3	5.097,5	53.895,8
Nachrichtlich: 12. Besonders Finanzierungsvorgänge	92,95,97 (soweit Obergr. 59,91,96)													
		1979	-	-	-	-	-	-	-	-	-	431,0	-	-
		1980	-	-	-	-	-	-	-	-	-	456,8	-	-
		1981	-	-	-	-	-	-	-	-	-	439,0	-	-
		1982	-	-	-	-	-	-	-	-	-	361,3	-	-
		1983	-	-	-	-	-	-	-	-	-	527,2	-	-
13. Haushaltstechnische Verrechnungen	99 (Tit. 98)													
		1979	-	-	-	-	-	-	-	-	-	49,3	-	-
		1980	-	-	-	-	-	-	-	-	-	52,1	-	-
		1981	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,0	-	-
		1982	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54,5	-	-
		1983	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,00	-	-
14. Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan														
		1979	17.984,7	8.511,7	10.540,4	37.036,8	1.529,0	4.377,3	5.344,8	11.251,1	10.883,5	48.629,2	5.089,3	43.539,9
		1980	19.075,8	9.288,3	10.934,6	39.298,8	1.680,9	4.768,0	5.227,3	11.676,2	11.326,0	51.234,9	5.042,5	45.192,4
		1981	20.311,4	10.033,9	11.583,1	41.926,4	1.631,8	4.928,3	5.599,9	12.160,0	11.800,4	54.230,3	4.906,5	49.323,8
		1982	21.438,0	11.058,7	12.282,3	44.779,0	1.588,6	5.266,9	5.365,7	12.221,2	11.925,5	57.087,0	4.989,3	52.097,7
		1983	22.652,8	11.248,6	12.813,9	46.715,3	1.615,9	5.440,5	5.220,5	12.276,9	11.985,8	59.552,5	5.097,5	54.455,0

1) Einschl. globaler Minderausgaben (1979 = 350,0 Mill. DM, 1980 = 250,0 Mill. DM, 1981 und 1982 = je 330,0 Mill. DM) sowie einer globalen Mehrausgabe in Höhe von 190,0 Mill. DM im Jahre 1979 zugunsten der Verkehrsunternehmen des öffentlichen Fahrverkehrs.

C7
6

Ausgaben nach Einzelplänen

Einzelplan Nr. Bezeichnung	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
			1981	1982	1983
	1979	1980	Mill. DM		
01 Landtag	49,5	70,6	48,6	51,9	50,5
02 Ministerpräsident und Staatskanzlei	40,4	42,6	45,5	46,7	50,4
03 Innen	7.429,8	7.479,5	7.532,1	7.497,6	7.594,1
04 Justiz	1.903,9	1.994,9	2.107,6	2.227,2	2.391,9
05 Kultus	8.481,9	8.971,8	9.535,9	10.079,2	10.656,3
06 Wissenschaft und Forschung	5.608,0	5.821,6	6.033,2	6.337,9	6.650,7
07 Arbeit, Gesundheit und Soziales	3.304,2	3.539,6	3.773,1	3.932,0	3.915,8
08 Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	4.520,0	4.451,8	4.849,8	4.711,0	4.832,0
09 Minister für Bundesangelegenheiten	3,3	3,8	3,3	3,5	3,6
10 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.667,2	1.757,9	1.679,2	1.751,8	1.762,4
12 Finanzen	1.639,5	1.738,0	1.815,5	1.884,8	1.980,9
13 Landesrechnungshof	11,5	13,1	13,1	13,8	14,4
14 Allgemeine Finanzverwaltung	14.300,0	15.599,6	17.123,3	18.879,6	19.649,3
01 - 14 zusammen	48.959,2	51.484,9	54.560,3	57.417,0	59.552,5
Globale Minderausgabe	- 330,0	- 250,0	- 330,0	- 330,0	-
Landeshaushalt insgesamt	48.629,2	51.234,9	54.230,3	57.087,0	59.552,5

01 - Landtag -

Einzelpläne nach Hauptausgabenarten

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	28,3	34,3	35,8	37,5	39,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	4,9	5,3	5,4	5,6	5,8
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	14,4	29,8	6,3	8,4	5,1
5. Baumaßnahmen	7	1,9	1,0	0,8	0,1	0,2
6. Übrige Investitionen	8	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 01	4-9	49,5	70,6	48,6	51,9	50,5

02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	21,8	23,4	24,4	25,6	26,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	11,7	11,8	12,1	12,5	13,0
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	5,9	6,4	6,7	7,2	7,5
5. Baumaßnahmen	7	-	0,3	1,4	0,7	2,2
6. Übrige Investitionen	8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,9
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesamtausgaben Einzelplan 02	4-9	40,4	42,6	45,5	46,7	50,4

03 - Innen -

Ausgabearart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	1.961,1	2.091,0	2.195,0	2.307,0	2.420,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	389,6	426,7	450,2	478,1	496,6
3. Schuldendienst	56-59	630,3	647,1	575,1	490,0	603,4
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	1.557,0	1.545,4	1.564,9	1.580,5	1.577,6
5. Baumaßnahmen	7	69,3	92,9	86,6	91,0	98,5
6. Übrige Investitionen	8	2.822,0	2.676,0	2.659,8	2.550,5	2.398,0
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0
Gesamtausgaben Einzelplan 03	4-9	7.429,8	7.479,5	7.532,1	7.497,6	7.594,1

04 - Justiz -

Ausgabearart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	1.315,2	1.366,8	1.443,7	1.531,9	1.631,6
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	381,3	393,5	416,7	443,2	483,4
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	70,0	73,9	78,1	83,3	88,6
5. Baumaßnahmen	7	117,2	134,9	133,4	142,8	165,8
6. Übrige Investitionen	8	20,1	25,8	35,8	26,1	22,6
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 04	4-9	1.903,9	1.994,9	2.107,6	2.227,2	2.391,9

05 - Kultus -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
				1979	1980	1981
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	6.928,5	7.340,2	7.813,3	8.287,5	8.762,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	59,2	64,3	67,8	72,0	75,1
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	1.224,6	1.309,7	1.377,7	1.449,8	1.521,5
5. Baumaßnahmen	7	65,8	62,8	59,3	45,8	66,8
6. Übrige Investitionen	8	203,9	194,7	217,8	224,1	231,0
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 05	4-9	8.481,9	8.971,8	9.535,9	10.079,2	10.656,3

06 - Wissenschaft und Forschung -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
				1979	1980	1981
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	2.599,7	2.781,9	2.931,0	3.087,1	3.245,9
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	944,7	1.008,2	1.083,8	1.171,4	1.266,3
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	859,3	932,9	951,6	1.000,6	1.050,8
5. Baumaßnahmen	7	620,0	528,9	499,0	523,6	546,6
6. Übrige Investitionen	8	584,2	569,5	567,7	555,1	541,0
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesamtausgaben Einzelplan 06	4-9	5.608,0	5.821,6	6.033,2	6.337,9	6.650,7

noch: Einzelpläne nach Hauptausgabearten

07 - Arbeit, Gesundheit und Soziales -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	320,6	339,2	342,4	363,8	385,5
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	146,7	150,1	159,8	171,1	182,5
3. Schuldendienst	56-59	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	1.865,3	2.038,4	2.198,7	2.325,9	2.352,1
5. Baumaßnahmen	7	11,6	6,8	3,7	1,5	0,7
6. Übrige Investitionen	8	949,9	995,2	1.058,5	1.059,7	985,0
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 07	4-9	3.304,2	3.539,6	3.773,1	3.932,0	3.915,8

08 - Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	93,0	96,9	102,1	107,4	112,5
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	39,3	40,9	41,1	42,7	44,1
3. Schuldendienst	56-59	24,3	16,7	36,7	14,8	67,8
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	1.504,1	1.482,4	1.429,2	1.337,5	1.250,1
5. Baumaßnahmen	7	6,8	11,4	12,4	8,9	0,7
6. Übrige Investitionen	8	2.662,4	2.803,5	3.228,4	3.199,8	3.356,9
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	190,0	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 08	4-9	4.520,0	4.451,8	4.849,8	4.711,0	4.832,0

noch: Einzelpläne nach Hauptausgabenarten

09 - Minister für Bundesangelegenheiten -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	2,2	2,6	2,7	2,8	3,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	-	-	-	-	-
5. Baumaßnahmen	7	0,3	0,7	-	-	-
6. Übrige Investitionen	8	0,3	-	-	-	-
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 09	4-9	3,3	3,8	3,3	3,5	3,6

10 - Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	204,2	217,0	235,6	250,3	265,1
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	85,8	89,2	94,1	97,1	99,9
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	359,9	379,0	391,4	403,3	416,2
5. Baumaßnahmen	7	25,4	33,2	21,7	15,2	7,5
6. Übrige Investitionen	8	991,9	1.039,5	936,4	985,7	973,5
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 10	4-9	1.667,2	1.757,9	1.679,2	1.751,8	1.762,4

C 13
7

noch: Einzelpläne nach Hauptausgabearten

12 - Finanzen -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	1.296,4	1.356,5	1.425,4	1.501,3	1.584,1
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	178,4	185,8	196,9	208,7	221,2
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	66,2	62,0	62,1	62,2	62,3
5. Baumaßnahmen	7	48,1	75,5	81,9	71,2	73,1
6. Übrige Investitionen	8	42,3	46,2	37,1	29,5	28,3
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	8,0	12,0	12,0	12,0	12,0
Gesamtausgaben Einzelplan 12	4-9	1.639,5	1.738,0	1.815,5	1.884,8	1.980,9

13 - Landesrechnungshof -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	10,6	12,0	12,1	12,7	13,3
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	0,8	1,0	1,0	1,1	1,1
3. Schuldendienst	56-59	-	-	-	-	-
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	-	-	-	-	-
5. Baumaßnahmen	7	-	-	-	-	-
6. Übrige Investitionen	8	-	-	-	-	-
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	-	-	-	-	-
Gesamtausgaben Einzelplan 13	4-9	11,5	13,1	13,1	13,8	14,4

noch: Einzelpläne nach Hauptausgabearten

14 - Allgemeine Finanzverwaltung -

Ausgabeart	Grupp.- Nummer	Haushalts- plan	Haushalts- planentwurf	Planungsergebnis		
		1979	1980	1981	1982	1983
		- Millionen DM -				
1. Personalausgaben	4	3.203,0	3.414,1	3.747,8	3.923,3	4.163,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	65,0	72,7	75,3	80,1	85,3
3. Schuldendienst	56-59	1.795,9	2.003,4	2.382,3	2.722,6	3.025,5
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	7.555,4	8.042,8	8.740,0	9.717,8	9.867,5
5. Baumaßnahmen	7	38,0	118,8	134,3	141,1	152,6
6. Übrige Investitionen	8	1.601,1	1.907,5	2.023,4	2.252,0	2.333,8
7. Besondere Finanzierungsausgaben	9	- 288,4	- 209,7	- 309,8	- 287,3	+ 20,8
Gesamtausgaben Einzelplan 14	4-9	13.970,0	15.349,6	16.793,3	18.549,6	19.649,3

Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes
- mit Beträgen ab 100 000 DM -

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle (Kapitel/Titel/ FKZ)	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
		Mill. DM				
1. Schuldendiensthilfen						
Annuitätzuschüsse gem. § 88 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes	0305/2211/411	0,1	-	-	-	-
Förderungsmaßnahmen i.S. von § 42 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes	0305/2212/411	41,0	70,0	65,0	60,0	50,0
Finanzhilfen für den öffentlichen Nahverkehr	0807/221/741	43,9	11,5	9,1	4,1	-
Erstattung der Zinsausgaben für die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung	1461/221/692	1,8	-	-	-	-
Schuldendiensthilfen zusammen		86,8	81,5	74,1	64,1	50,0
2. Erstattungen von Verwaltungsausgaben						
Wahlkosten	0302/231/011	10,0	10,0	-	-	-
Polizei-Führungsakademie Münster	0313/231/042	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8
Fachhochschule für Rechtspflege Bad Münstereifel	0406/231/052	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Erstattung an Universitätskliniken für Zivildienstleistende	06112/231/132	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
"	06122/231/132	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
"	06132/231/132	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
"	06142/231/132	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
"	06172/231/132	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Staatliche Hochschule für Musik Rheinland	0654/231/136	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verwaltungskosten der Versorgungs- kuranstalten	0733/231/242	10,4	11,5	10,0	9,0	8,0
Siedlungs- und Flurbereinigungs- maßnahmen	1002/231/522	3,4	3,6	3,6	3,6	3,6
Erstattung an Verwaltung für Agrar- ordnung für Zivildienstleistende	1021/231/511	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Oberfinanzdirektionen und Finanz- ämter	1205/231/016	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Entschädigung der Finanzbauver- waltung für die Durchführung von Bundesbaumaßnahmen	1207/231/018	133,1	138,0	140,0	142,0	144,0
Staatshochbauverwaltung	1208/231/018	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Verteidigungslastenverwaltung	1261/231/017	2,3	2,3	2,4	2,4	2,4
Übrige		0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Erstattung von Verwaltungsausgaben zusammen		163,6	170,0	160,6	161,6	162,7
3. Sonstige Erstattungen						
Anteil an den Aufwendungen für Wohngeld	0306/2411/233	400,0	375,0	385,0	395,0	405,0
Kosten des Kampfmittelräumdienstes	0331/241/049	21,8	22,0	22,8	23,1	23,4
Entschädigungslasten bei der Wieder- gutmachung	0381/2411/244	324,5	325,0	300,0	300,0	280,0
Gerichte und Staatsanwaltschaften	0404/241/052	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Grundschulen	0531/241/121	-	0,9	0,9	0,9	0,9
Öffentliche Hauptschulen	0532/241/121	-	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Realschulen	0533/241/123	-	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Gymnasien	0534/241/124	-	0,9	0,9	0,9	0,9
Kosten der Sicherungsverfilmung	0575/241/162	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

noch: Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes
- mit Beträgen ab 100.000 DM -

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle (Kapitel/Titel/ FKZ)	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
		Mill. DM				
Leistungen nach dem G 131 f. Univers.	o6111/241/131	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
" " " " "	o6121/241/131	0,1	0,4	0,1	0,1	0,1
" " " " "	o6141/241/131	0,1	0,3	0,3	0,2	0,2
" " " " "	o6151/241/131	-	0,1	-	-	-
Aufwendungen für die Einbeziehung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten in die Sozialver- sicherung	o7o2/241/229	20,0	25,0	26,5	28,0	29,7
Bundesanteil an den Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschußgesetz	o7o5/241/237	-	17,5	17,5	17,5	17,5
Bereich der Familien- u. Jugendhilfe	o7o5/2419/237	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Aufwendungen für die Rückführung von Deutschen	o7o6/241/246	10,0	-	-	-	-
Kosten der Kriegsopferfürsorge auf- grund des Bundesversorgungsgesetzes pp.	o7o9/2411/247	225,0	225,0	225,0	225,0	225,0
Kosten der der Kriegsopferfürsorge entsprechenden Leistungen aufgrund des Soldatenversorgungsgesetzes pp.	o7o9/24112/247	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
Kosten der Kriegsopferfürsorge pp. für Berechtigte außerhalb des Gel- tungsbereichs des 1. Überleitungs- gesetzes	o7o9/24113/247	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Kosten der Sozialhilfe für Zugewan- derte nach dem 1. Überleitungsgesetz	o7o9/24114/234	10,1	10,0	10,0	-	-
Leistungen aufgrund rechtlicher Ver- pflichtungen für Fürsorgzwecke	o7o9/24116/234	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
Bundesauftragsverwaltung bei der Durchführung des Atomgesetzes	o711/2412/330	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Aufwendungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	o733/2412/299	0,2	0,4	0,5	0,6	0,7
Kindergeld nach dem Bundeskinder- geldgesetz	1402/241/231	200,0	240,0	240,0	260,0	280,0
Zinsausgaben für Ausgleichsforde- rungen	1465/2411/921	23,2	22,4	21,6	20,8	20,0
Tilgungsausgaben für Ausgleichs- forderungen	1465/2412/921	46,9	48,5	49,4	51,0	52,7
Erstattung von Versorgungsbezügen	1471/241/935	80,0	79,0	77,0	76,0	76,0
" " "	1473/241/935	104,0	102,0	100,0	98,0	96,0
" " "	1476/241/935	58,0	58,0	57,0	56,0	56,0
Übrige		0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Erstattungen zusammen		1.532,6	1.562,3	1.544,3	1.562,7	1.573,7
4. Sonstige laufende Zuweisungen						
Zuweisungen im Rahmen des Akade- mienprogramms	o2o2/251/179	-	0,8	0,8	0,9	0,9
Für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft	o3o2/251/249	6,0	6,1	6,3	6,5	6,7
Automatisierung der Liegenschafts- karte	o341/251/421	1,5	-	-	-	-
Maßnahmen der Jugendförderung	o5o3/2511/239	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Ausbildungsförderung im Schulbereich	o5o3/2512/141	214,5	217,8	226,2	237,3	248,3
Vergütung und Versicherung für Fremdsprachenassistenten an den Staatlichen Gesamtseminaren	o512/251/129	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Schul- und Modellversuche der Schulen gemeinsam	o53o/2511/129	6,6	9,3	10,0	9,9	9,8
Für Silentien	o53o/2512/121	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

noch: Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes
- mit Beträgen ab 100 000 DM -

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle (Kapitel/Titel/	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Planungsergebnis		
		Mill. DM				
Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe	0561/251/245	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Modellversuche im Hochschulbereich	0602/2511/139	2,5	3,0	3,0	3,0	3,0
Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	0603/2511/142	409,5	257,4	269,1	280,2	291,2
Zu den forschungsbezogenen Ausgaben des Zoologischen Forschungsinstituts und Museums A. Koenig, Bonn	0606/2511/163	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9
Für die Zentralbibliothek d. Medizin	06072/2511/131	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1
Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund	06082/251/175	-	0,1	0,1	0,1	0,1
Seminar für Orientalische Sprachen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	06111/25118/131	0,5	-	-	-	-
Modellversuch "Innovationsförderungs- und Technologietransfer - Zentrum der Hochschule des Ruhrgebiets"	06151/25122/131	-	0,5	1,1	1,9	1,9
Aufbau des Faches Arbeitswissenschaft an der Fernuniversität	0626/251/135	-	2,2	2,2	2,2	2,0
Modellversuch Journalistik der PH Ruhr	0632/25122/134	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6
Leistungszentrum für Hockey und Judo der Deutschen Sporthochschule Köln	0651/251/131	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6
Bereich der Familien- u. Jugendhilfe	0705/2519/237	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Entschädigungen an ehem. Kriegsgefangene	0706/2511/249	3,5	-	-	-	-
Beihilfen an ehem. Kriegsgefangene und politische Häftlinge zur Beschaffung von Hausrat	0706/25112/249	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0
Eingliederungshilfen u. Ausgleichsleistungen f. ehem. polit. Häftlinge	0706/25113/249	28,0	-	-	-	-
Für Besucher aus der DDR, Ostberlin pp.	0706/25114/249	16,4	16,4	16,4	16,4	16,4
Beihilfen an jugendl. Zuwanderer für ihre Schul- u. Berufsausbildung pp.	0706/25115/246	24,0	-	-	-	-
Krankenhausförderung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 KHG	0707/2511/312	145,2	147,8	159,4	159,4	172,5
Krankenhausförderung nach § 26 KHG	0707/2512/175	0,4	0,4	0,4	0,3	-
Förderung der Aussiedlung und baulichen Maßnahmen	1002/25113/521	3,5	3,7	3,6	3,6	3,6
Produktivität und Absatz in der Landwirtschaft	1002/25116/529	3,0	3,4	3,4	3,4	3,4
Förderung der horizontalen Verbundwirtschaft	1002/25117/523	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
Förderung der vertikalen Verbundwirtschaft	1002/25118/523	0,7	0,1	0,1	0,2	0,2
Einzelbetriebliche Maßnahmen in der Landwirtschaft	1002/25121/522	8,3	8,6	8,7	8,7	8,7
Sonstige Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft	1002/25135/529	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Übrige		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige laufende Zuweisungen zus.		980,5	784,3	818,7	841,7	876,8
5. Vermögensübertragungen, soweit nicht Investitionszuweisungen						
Tilgungsausgaben für die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung						
zugleich Gesamtansatz	1461/291/692	37,9	-	-	-	-

noch: Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes
- mit Beträgen ab 100 000 DM -

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle (Kapitel/Titel/ FKZ)	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
		Mill. DM				
6. Zuweisungen für Investitionen						
Sonstige Zuweisungen zur Förderung des Wohnungsbaues	0305/3312/411	11,2	2,7	1,3	0,8	0,8
Anteil an den Aufwendungen für Wohnungsbauprämien	0306/3311/270	200,0	202,5	205,0	207,5	212,5
Modernisierung von Wohnungen im Rahmen des gemeinsamen Modernisierungsprogramms	0306/3312/411	20,5	26,2	31,1	36,1	38,1
Anteil an den Zuschüssen zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden	0306/3315/411	77,2	56,0	63,0	67,0	59,0
Anteil am Investitionsbedarf der Polizei-Führungsakademie Münster	0313/331/042	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8
Für schulische Werkstätten	0530/331/127	6,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Bau von Turn- und Sportstätten	0581/331/323	0,5	3,0	3,0	3,0	3,0
Errichtung von Studentenwohnheimen	0602/3311/146	16,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Beschaffung von Großgeräten für Ausbildung und Forschung	0602/3312/131	10,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Ausbau von Hochschulen	0602/3313/131	340,0	330,0	256,0	271,0	300,0
Ausbildungsförderung im Hochschulbereich (Darlehen)	0603/3311/142	-	161,2	167,1	173,6	180,7
Graduiertenförderung	0603/3312/144	6,4	4,9	4,9	4,9	4,9
Zur inneren Erschließung der Deutschen Sporthochschule Köln	0651/3315/131	0,4	-	-	-	-
Bereich der Familien- u. Jugendhilfe	0705/3319/238	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Krankenhausförderung nach §§ 22 Abs. 1 Satz 2 u. 23 Abs. 1 KHG	0707/3311/312	47,1	57,5	60,9	64,2	69,7
Förderung der Wirtschaft, insbes. des Mittelstandes	0803/3311/691	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Zukunftsinvestitionen für den Bereich "Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkten der Gemeinschaftsaufgabe (Sonderprogramm)"	0803/3315/692	4,8	4,5	-	-	-
Zukunftsinvestitionen im Bereich "Ausbau der Fernwärmeversorgung"	0805/3311/627	29,5	29,5	-	-	-
Maßnahmen im Rahmen des Programms "Bau regionaler Erdgasleitungen"	0805/3312/622	-	3,9	3,5	2,8	3,5
Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	0807/3311/741	247,9	288,6	294,7	288,1	300,0
Für Kreuzungsmaßnahmen (Eisenbahnen und öffentlicher Nahverkehr)	0807/3313/749	-	2,4	-	-	-
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für Straßen- und Brückenbau	0810/331/725	303,9	303,9	324,0	333,0	340,0
Förderung der ländlichen Siedlung	1002/33111/522	11,5	10,9	11,0	11,0	11,0
Förderung der Flurbereinigung	1002/33112/521	43,8	48,3	48,2	48,2	48,2
Förderung der Aussiedlung und baulichen Maßnahmen	1002/33113/521	30,1	19,0	19,0	20,0	20,0
Förderung des Wirtschaftswegebau	1002/33114/524	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Förderung der Wasserwirtschaft	1002/33115/623	27,0	46,2	46,2	46,2	46,2
Produktivität und Absatz in der Landwirtschaft	1002/33116/529	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Förderung der vertikalen Verbundwirtschaft	1002/33118/523	3,7	6,8	6,8	6,8	6,8
Einzelbetriebliche Maßnahmen in der Landwirtschaft	1002/33121/522	3,9	2,5	2,5	2,5	2,5
Zukunftsinvestitionen für den Bereich "Dorferneuerung"	1002/33122/529	6,6	2,4	-	-	-
Zukunftsinvestitionen für den Bereich "Rhein-Bodensee-Programm (Abwasserbeseitigung)"	1002/33123/623	80,0	91,0	-	-	-
Zukunftsinvestitionen für die Wasserwirtschaft	1002/33124/623	21,1	21,0	-	-	-

C 19
8

noch: Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes
- mit Beträgen ab 100 000 DM -

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle (Kapitel/Titel/ FKZ)	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
		Mill. DM				
Für die Ausrüstung der Wasserkontrollstation Rhein-Nord mit einer automatischen Meßstation	1019/331/610	0,1	-	-	-	-
Finanzhilfen nach dem Städtebauförderungsgesetz	1403/3311/440	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Zukunftsinvestitionen für die Bereiche "Infrastruktur, Betriebsverlagerungen und Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtkerne"	1403/3312/440	13,2	-	-	-	-
Zukunftsinvestitionen für den Bereich "Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung"	1403/3313/184	0,4	-	-	-	-
Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Rahmen des Stufenplans zu Schwerpunkten d. beruflichen Bildung	1403/3314/127	22,1	-	-	-	-
Zuweisungen f. Investitionen zus.		1.662,0	1.857,1	1.680,3	1.718,8	1.779,1
Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes insgesamt		4.463,5	4.455,1	4.278,0	4.349,0	4.442,2

Schuldenstand des Landes am 31.12.1978 und voraussichtliche Entwicklung bis 31.12.1983

Schuldenart	31.12.1978	31.12.1979	31.12.1980	31.12.1981	31.12.1982	31.12.1983
	Ist	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Planungsergebnis		
	Mill. DM					
1. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln (einschl. öffentlicher Sondermittel)	17.317,6	25.071,5	32.730,2	40.240,6	46.667,0	52.153,5
2. Altschulden	1.483,1	1.436,2	1.387,7	1.338,3	1.287,3	1.234,6
3. Auslandsschulden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
4. Summe 1. - 3.	18.800,8	26.507,8	34.118,0	41.579,0	47.954,4	53.388,2
5. Schulden bei Gebietskörperschaften						
a) beim Bund	5.719,5	5.971,3	6.208,3	6.469,2	6.753,3	7.059,0
b) bei Ländern	-	-	-	-	-	-
c) bei Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-	-
d) beim Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	243,1	202,2	166,3	133,3	100,3	82,5
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	5.962,6	6.173,5	6.374,6	6.602,5	6.853,6	7.141,5
Schuldenstand insgesamt	24.763,4	32.681,3	40.492,5	48.181,5	54.808,0	60.529,7

Investitionsausgaben und deren Anteil an den Gesamtausgaben
(Investitionsquoten)

Ausgabeart	Grupp.- Nr.	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Planungsergebnis		
<u>Sachinvestitionen</u> - Mill.DM -	7,81,82	1.529,0	1.680,9	1.631,8	1.588,6	1.615,9
- Anteil in vH -		3,2	3,3	3,0	2,8	2,7
dar.: Baumaßnahmen - Mill.DM -	7	1.004,4	1.067,0	1.034,5	1.042,0	1.114,6
- Anteil in vH -		2,1	2,1	1,9	1,8	1,9
<u>Investitionsförderung</u> - Mill.DM -	83-89	9.354,6	9.645,1	10.168,6	10.336,9	10.369,8
- Anteil in vH -		19,2	18,8	18,8	18,1	17,4
<u>Investitionen insgesamt</u> - Mill.DM -	7,8	10.883,5	11.326,0	11.800,4	11.925,5	11.985,8
- Anteil in vH -		22,4	22,1	21,8	20,9	20,1

Investitionsausgaben nach Aufgabengebieten
und deren Anteil an den Gesamtinvestitionen

Aufgabengebiet	Funktionale Kennziffer	1979	1980	1981	1982	1983
		Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Planungsergebnis		
1. Allgemeine Dienste	0					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		458,0	550,0	538,8	519,4	537,9
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		4,2	4,8	4,6	4,3	4,5
2. Bildung, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		1.838,6	1.683,8	1.650,4	1.630,4	1.604,8
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		16,9	14,9	14,0	13,7	13,4
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgaufgaben, Wiedergutmachung, Vermögensbildung	2					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		657,8	676,7	679,8	681,1	697,9
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		6,0	6,0	5,8	5,7	5,8
4. Gesundheit, Sport und Erholung	3					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		764,8	820,0	903,9	916,6	842,8
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		7,0	7,2	7,7	7,7	7,0
5. Wohnungswesen, Raumordnung, Landesplanung, Städtebauförderung	4 (1,42,44)					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		3.204,9	3.115,1	3.168,6	3.162,4	3.136,0
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		29,5	27,5	26,8	26,5	26,2
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		307,5	305,1	327,0	329,3	322,2
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		2,8	2,7	2,8	2,8	2,7
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		1.286,7	1.268,5	1.421,9	1.391,6	1.449,2
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		11,8	11,2	12,0	11,7	12,1
8. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		2.041,6	2.322,4	2.388,3	2.454,6	2.546,2
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		18,8	20,5	20,2	20,6	21,2
9. Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	8					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		121,6	283,2	319,6	338,1	346,8
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		1,1	2,5	2,7	2,8	2,9
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	9 (ohne 99)					
Investitionen zusammen (Mill.DM)		202,0	301,3	402,0	502,0	502,0
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		1,9	2,7	3,4	4,2	4,2
11. Aufgabengebiete insgesamt						
Investitionen zusammen (Mill.DM)		10.883,5	11.326,0	11.800,4	11.925,5	11.985,8
Anteil an den Gesamtinvestitionen (vH)		100	100	100	100	100

Investitionsausgaben nach Arten und Einzelplänen

- in Mill. DM -

Ausgabeart	Grupp.-Nr.	Jahr	Einzelplan												
			01 LT	02 MF	03 IN	04 JN	05 KM	06 MWF	07 MAGS	08 MWMV	09 MBA	10 MELF	12 FK	14 APV	01-14 insges.
1. Investitionen insges.	7, 8	1979	2,0	0,8	2.891,3	137,3	269,7	1.204,2	961,5	2.669,3	0,6	1.017,3	90,4	1.639,1	10.883,5
		1980	1,2	1,0	2.768,9	160,7	257,5	1.098,4	1.002,0	2.814,9	0,7	1.072,7	121,7	2.026,3	11.326,0
		1981	1,0	2,1	2.746,4	169,2	277,1	1.066,7	1.062,2	3.240,7	-	958,1	119,1	2.157,7	11.800,4
		1982	0,4	1,4	2.641,6	168,8	269,9	1.078,7	1.061,3	3.208,7	-	1.000,9	100,7	2.393,1	11.925,5
		1983	0,4	3,1	2.496,5	188,4	297,7	1.087,6	985,7	3.357,6	-	981,0	101,4	2.486,4	11.985,8
2. Sachinvestitionen	7, 81, 82	1979	2,0	0,8	184,9	137,3	76,1	887,8	29,8	14,7	0,6	37,6	90,4	67,0	1.529,0
		1980	1,2	1,0	207,6	160,7	71,1	771,0	20,1	22,5	0,7	53,0	121,7	250,3	1.680,9
		1981	1,0	2,1	200,3	169,2	66,5	725,0	15,2	24,5	-	42,6	119,0	266,3	1.631,8
		1982	0,4	1,4	202,7	168,8	53,1	726,8	13,3	11,9	-	36,4	100,7	273,1	1.588,6
		1983	0,4	3,1	202,0	188,4	74,0	726,2	5,4	3,9	-	26,6	101,4	284,6	1.615,9
3. Baumaßnahmen	7	1979	1,9	-	69,3	117,2	65,8	620,0	11,6	6,8	0,3	25,4	48,1	38,0	1.004,4
		1980	1,0	0,3	92,9	134,9	62,8	528,9	6,8	11,4	0,7	33,2	75,5	118,8	1.067,0
		1981	0,8	1,4	86,6	133,4	59,3	499,0	3,7	12,4	-	21,7	81,9	134,3	1.034,5
		1982	0,1	0,7	91,0	142,8	45,8	523,6	1,5	8,9	-	15,2	71,2	141,1	1.042,0
		1983	0,2	2,2	98,5	165,2	66,8	546,6	0,7	0,7	-	7,5	73,1	152,6	1.114,6
4. Investitionsförderung	83-89	1979	-	-	2.706,4	-	193,6	316,5	931,7	2.654,6	-	979,7	0,1	1.572,0	9.354,6
		1980	-	-	2.561,3	-	186,4	327,4	981,9	2.792,4	-	1.019,7	0,0	1.776,0	9.645,1
		1981	-	-	2.546,1	-	210,6	341,7	1.047,0	3.216,3	-	915,6	0,0	1.891,4	10.168,6
		1982	-	-	2.438,9	-	216,8	351,9	1.048,0	3.196,8	-	964,7	0,0	2.120,0	10.336,9
		1983	-	-	2.294,5	-	223,7	361,4	980,3	3.353,7	-	954,5	0,0	2.201,8	10.369,8

Anmerkungen:

- 1) Für vollen Wortlaut der Einzelplanbezeichnungen s. Vorspalte Tabelle 6.
- 2) Im Einzelplan 13 sind keine Ausgaben für Investitionen veranschlagt (Ausnahme: 0,1 Mill. DM in 1980).

Programm für Zukunftsinvestitionen *)

I. Ausgaben

624
13

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle Kapitel/Titel/FKZ	Programm- mittel insgesamt	davon			
			1977/78	1979	1980	1981
- Mill. DM -						
Zuweisung der Darlehensmittel des Bundes an die Wohnungsbauförderungsanstalt	03 05/893 11/411	101,5	26,0	37,5	23,0	15,0 **)
Zuschuß an die Wohnungsbauförderungsanstalt	03 05/893 6 /411	101,5	26,0	37,5	23,0	15,0 **)
	<u>Epl. 03:</u>	203,0	52,0	75,0	46,0	30,0 **)
Zuweisungen für die Einrichtung von Werkstätten an beruflichen Schulen	05 30/883 61/127	28,4	21,0	7,4	-	-
Zuschüsse für die Einrichtung von Werkstätten an beruflichen Schulen	05 30/893 61/127	0,1	-	0,1	-	-
Zuschuß an die Westfälische Berggewerkschaftskasse zu den Kosten eines Neubaus für eine bergmännische Berufsschule in Bergkamen	05 49/893 1/127	16,8	8,4	8,4	-	-
Zuschuß an die Westfälische Berggewerkschaftskasse zu den Kosten eines Neubaus für eine bergmännische Berufsschule in Recklinghausen	05 49/893 2/127	16,8	8,4	8,4	-	-
Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich "Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung"	05 84/893 2/184	4,3	4,3	-	-	-
	<u>Epl. 05:</u>	66,4	42,1	24,3	-	-
Zuschüsse an die Kernforschungsanlage Jülich	06 04/891 2/165	2,1	1,4	0,7	-	-
Zuschüsse für Forschungsvorhaben an Sonstige im Inland	06 04/893 6/169	4,7	4,7	-	-	-
	<u>Epl. 06:</u>	6,8	6,1	0,7	-	-
Zuschüsse für den Bau und die Ausstattung überbetrieblicher Ausbildungsplätze	08 03/893/155	70,9 ¹⁾	48,9	11,0	11,0	-
Zuweisungen für den Bereich "Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkten der Gemeinschaftsaufgabe (Sonderprogramm)"	08 03/883 71/692	37,4	19,0	9,5	8,9	-
Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für den Bereich "Ausbau der Fernwärmeversorgung"	08 05/891 65/627	211,0	86,0	30,0	60,0	35,0
Zuschüsse an private Unternehmen für den Bereich "Ausbau der Fernwärmeversorgung"	08 05/892 65/627	37,0	13,0	9,0	9,0	6,0
Landesanteil an den Kosten zur Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge	08 10/883 21/729	20,1	13,0	3,1	4,0	-
	<u>Epl. 08:</u>	376,4	179,9	62,6	92,9	41,0
Zuweisungen für den Bereich "Dorferneuerung"	10 02/883 83/529	22,1	7,0	11,0	4,1	-
Zuweisungen für den Bereich "Rhein-Bodensee-Programm (Abwasserbeseitigung)"	10 02/883 84/623	592,0	250,0	160,0	182,0	-
Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Abwehr von Erosion und Überschwemmungen	10 02/883 85/623	18,3	8,3	5,0	5,0	-
dito (Zweckverbände)	10 02/887 85/623	31,7	13,4	8,3	10,0	-
Zuweisungen für die Wasserversorgung	10 02/883 86/623	78,0	36,3	21,7	20,0	-
	<u>Epl. 10:</u>	742,1	315,0	206,0	221,1	-
Zuweisungen für die Bereiche "Infrastruktur, Betriebsverlagerungen und Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtkerne" (Bundesmittel)	14 03/883 22/440	133,0	119,8	13,2	-	-
dito (Landesmittel)	14 03/883 23/440	133,0	119,8	13,2	-	-
Zuweisungen für den Bereich "Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern mit besonderer nationaler und kultureller Bedeutung" (Bundesmittel)	14 03/883 24/184	1,9	1,6	0,4	-	-
dito (Landesmittel)	14 03/883 25/184	1,9	1,6	0,4	-	-
Zuweisungen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Rahmen des Stufenplans zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung (Bundesmittel)	14 03/883 26/127	91,3	69,2	22,1	-	-
	<u>Epl. 14:</u>	361,1	311,9	49,2	-	-
Landeshaushalt insgesamt		1.755,8	907,0	417,8	360,0	71,0

*) Anmerkung: Das Programm war für den mittelfristigen Planungszeitraum 1977 bis 1981 angelegt und läuft somit 1981 aus; lediglich die mit **) gekennzeichneten Positionen in der Spalte 1981 beinhalten noch Ansätze bis 1983.

1) Darüber hinaus werden 33,0 Mill. DM unmittelbar im Bundeshaushalt gebucht.

noch: Programm für Zukunftsinvestitionen *)

II. Einnahmen

Zweckbestimmung	Haushaltsstelle Kapitel/Titel/FKZ	Programm- mittel insgesamt	1977/78			
			1977/78	1979	1980	1981
- Mill. DM -						
Darlehen für den Ersatzwohnungsbau und den Aus- und Umbau, zugleich	03 05/311 16/411					
	<u>Epl. 03:</u>	101,5	26,0	37,5	23,0	15,0**)
Zuweisungen des Bundes für schulische Werkstätten	05 30/331/127	21,0	15,0	6,0	-	-
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung"	05 84/331/184	2,2	2,2	-	-	-
	<u>Epl. 05:</u>	23,2	17,2	6,0	-	-
Zuweisungen des Bundes für den Bau und die Ausstattung überbetrieblicher Ausbildungsplätze	08 03/331 4/155	35,8	35,8	-	-	-
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkten der Gemeinschaftsaufgabe (Sonderprogramm)"	08 03/331 5/692	18,7	9,5	4,8	4,5	-
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Ausbau der Fernwärmeversorgung"	08 05/331/627	124,0	49,5	29,5	29,5	15,5
	<u>Epl. 08:</u>	178,5	94,8	34,3	34,0	15,5
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Dorferneuerung"	10 02/331 22/529	13,2	4,2	6,6	2,4	-
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Rhein-Bodensee-Programm (Abwasserbeseitigung)"	10 02/331 23/623	296,0	125,0	80,0	91,0	-
Zuweisungen des Bundes für die Wasserwirtschaft	10 02/331 24/623	76,9	34,8	21,1	21,0	-
	<u>Epl. 10:</u>	386,1	164,0	107,7	114,4	-
Finanzhilfen des Bundes für die Bereiche "Infrastruktur, Betriebsverlagerungen und Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtkerne"	14 03/331 2/440	133,0	119,8	13,2	-	-
Zuweisungen des Bundes für den Bereich "Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern mit besonderer nationaler kultureller Bedeutung"	14 03/331 3/184	1,9	1,6	0,4	-	-
Zuweisungen des Bundes zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten im Rahmen des Stufenplans zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung	14 03/331 4/127	91,3	69,2	22,1	-	-
	<u>Epl. 14:</u>	226,2	190,6	35,7	-	-
Landeshaushalt insgesamt		915,4	492,5	221,1	171,4	30,5

*) Anmerkung: Das Programm war für den mittelfristigen Planungszeitraum 1977 bis 1981 angelegt und läuft somit 1981 aus; lediglich die mit **) gekennzeichneten Positionen in der Spalte 1981 beinhalten noch Ansätze bis 1983.

Ausgaben des Landes für das Aktionsprogramm Ruhr
nach Aufgabengebieten

Aufgabengebiet / Maßnahme	Funktionale Kennziffer	Programmmittel insgesamt	d a v o n				
			1980	1981	1992	1993	1991 ff.
							Mill. DM
1. Allgemeine Dienste	0	<u>185,0</u>	<u>1,8</u>	<u>10,8</u>	<u>16,4</u>	<u>20,0</u>	<u>136,0</u>
11 Neubau einer Justizfortbildungsstätte	052	15,0	0,1	0,2	0,3	-	14,4
12 Errichtung einer Untersuchungs-haftanstalt für junge Gefangene in Duisburg	056	80,0	0,2	0,6	1,1	5,0	73,1
13 Errichtung eines Zentralkranken-hauses für die Justizvollzugsan-stalt Bochum	056	90,0	1,5	10,0	15,0	15,0	48,5
2. Bildung, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1	<u>220,6</u>	<u>30,7</u>	<u>39,9</u>	<u>45,9</u>	<u>52,5</u>	<u>51,8</u>
21 Ausgaben für Schulen, insbeson-dere für Werkstätten an berufs-bildenden Schulen	12	77,9	7,4	11,3	15,6	21,9	21,7
22 Ausgaben im Hochschulbereich, insbesondere für den Modellver-such "Innovationsförderungs- und Technologietransfer - Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebiets"	13	27,1	2,8	4,8	6,4	6,6	6,6
23 Sonstiges Bildungswesen	15	4,9	2,9	0,5	0,5	0,5	0,5
24 Wissenschaft, Forschung, Entwick-lung außerhalb der Hochschulen, insbesondere Gründung neuer For-sungseinrichtungen	16/17	48,5	5,7	10,7	10,7	10,7	10,7
25 Kunst- und Kulturpflege, insbe-sondere Bau öffentlicher Museen und Kunstsammlungen	18	62,2	11,9	12,6	12,7	12,8	12,3
3. Soziale Sicherung, soziale Kriegs-folgeaufgaben, Wiedergutmachung	2	<u>257,1</u>	<u>35,8</u>	<u>91,8</u>	<u>110,9</u>	<u>15,3</u>	<u>3,4</u>
31 Arbeitsmarktpolitisches Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungspro-blemen - Landesanteil -	253	235,5 ¹⁾	28,5	86,0	108,0	12,5	0,5
32 Sonstige Maßnahmen zur Verbesse-rung der Beschäftigtensituation besonderer Gruppen des Arbeits-marktes	252	21,6	7,3	5,8	2,8	2,8	2,9
4. Gesundheit, Sport und Erholung	3	<u>634,5</u>	<u>25,5</u>	<u>89,5</u>	<u>174,5</u>	<u>172,0</u>	<u>173,0</u>
41 Intensivierung des Sportstätten-baus	32*	49,5	2,5	12,5	12,5	12,0	10,0
42 Investitionshilfen für den Um-weltschutz							
421 im gewerblichen Bereich (insbesondere in Hütten- und Stahlwerken)	330	535,0	17,0	65,0	150,0	150,0	153,0
422 im Bergbau	330	50,0	6,0	12,0	12,0	10,0	10,0
5. Wohnungswesen, Raumordnung, Landes-planung, Städtebauförderung	4(41,42,44)	<u>1.010,0</u>	<u>90,0</u>	<u>138,7</u>	<u>168,4</u>	<u>181,8</u>	<u>431,2</u>
51 Förderung des Wohnungsbaues (Modernisierung und Ausbau)							
511 Zuschuß an die Wohnungsbau-förderungsanstalt	411	360,0	-	26,2	52,4	62,3	219,2
512 Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Wohnungs- und Kleinsiedlungswesens	411	200,0	-	22,5	26,0	29,5	122,0
52 Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	440	450,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	<u>93,4</u>	<u>0,9</u>	<u>14,6</u>	<u>21,6</u>	<u>21,6</u>	<u>34,6</u>
61 Errichtung von Gartenbau- und Fischerzeugungsbetrieben	522	70,0	-	10,0	15,0	15,0	30,0
62 Für die Forstwirtschaft	529	23,4	0,9	4,6	6,6	6,6	4,6

1) Ausschließlich 10,0 Mill. DM aus 1979 (Nachtrag).

27
14

noch: Ausgaben des Landes für das Aktionsprogramm Ruhr
nach Aufgabengebieten

Aufgabengebiet / Maßnahme	Funktionale Kennziffer	Programmmittel insgesamt	d a v o n				
			1980	1981	1982	1983	1984 ff.
Mill. DM							
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	1.843,5	90,7	473,5	443,6	419,3	416,4
71 Ausbau der Fernwärmeversorgung	627	300,0	-	100,0	100,0	100,0	-
72 Entschlammung von Seen	623	13,5	0,7	3,4	4,0	4,0	1,4
73 Maßnahmen im Bereich der Energiewirtschaft	631	540,0	25,0	168,1	137,6	118,3	91,0
74 Kraftwerksanierungsprogramm	631	660,0	50,0	122,0	122,0	122,0	244,0
75 Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe)	691	330,0	15,0	80,0	80,0	75,0	80,0
8. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7	73,9	12,0	13,8	22,0	15,8	10,3
81 Ausbau der rheinisch-westfälischen Kanäle	731	40,7	1,0	1,6	12,0	15,8	10,3
82 H-Bahn-Projekt an der Universität Dortmund	741	3,2	1,0	2,2	-	-	-
83 Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs mit Massenverkehrsmitteln	741	30,0	10,0	10,0	10,0	-	-
9. Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	8	522,0	100,4	106,4	106,4	104,4	104,4
91 Kauf von Forstgrundstücken	812	22,0	0,4	6,4	6,4	4,4	4,4
92 Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung brachliegender Zechen-, Industrie- und Verkehrsflächen	871	500,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
10. Allgemeine Finanzwirtschaft, anteilige Investitionszuschüsse, zugleich Summe	9	267,0	53,4	53,4	53,4	53,4	53,4
Ausgaben des Landes insgesamt	0-9	5.107,0	441,2	1.032,4	1.163,0	1.056,1	1.414,3